

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

BULLETIN NR. 6

AUSZÜGE AUS DER PRESSE DER IKP

Zum 8. Mai 1975

Zur neuen chinesischen Verfassung

Die Kommunisten und die Abtreibung

Die internationale Wirtschaftskrise

Zum 1. Mai 1975

Lenin über die organisatorischen Aufgaben

Die späte bürgerliche Geburt Äthiopiens

Mai 1975

DM 1,50

A U S Z Ü G E

aus der Presse der

I N T E R N A T I O N A L E N K O M M U N I S T I S C H E N

P A R T E I

(Übersetzt aus: "Il Programma Comunista", "Programme Communiste", "Le Prolétaire")

I N H A L T

1. Zum 8. Mai 1975.....S. 3
2. Proletarische Diktatur und "Sozialistische Gesellschaft"
Made in China.....S. 4
3. Die Kommunisten und die Abtreibung.....S. 11
4. Laufbahn des Weltimperialismus.....S. 16
5. Zum 1. Mai 1975.....S. 23
6. Lenin über die organisatorischen Aufgaben.....S. 26
7. Die spätbürgerliche Geburt Äthiopiens.....S. 40

Nr. 6 - Mai 1975

Verantwortl. u. Kontaktadresse
Ch. Erkadoo
Berlin 61, Obentrautstraße 32

DM 1,50
=====

Il Programma Comunista, Casella postale 962, Mailand

AUS DEM PROGRAMM der
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propagande entrissen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

8. Mai 1945 - 8. Mai 1975

Aus Anlaß der widerlichen Feierlichkeiten der Bourgeoisien aller Länder zum dreißigjährigen "Frieden" und gegen den ständigen Versuch der Bourgeoisie ihren zweiten imperialistischen Krieg in einen Kreuzzug der guten Demokraten gegen die bösen Faschisten zu verklären, wiederholen wir die Präambel zu den Statuten der Kommunistischen Internationale (1920):

"Gedenke des imperialistischen Krieges!" das ist das erste, womit die Kommunistische Internationale sich an jeden Werktätigen wendet, wo er auch leben mag, in welcher Sprache er auch sprechen mag. Gedenke dessen, daß dank des Bestehens der kapitalistischen Ordnung ein kleines Häuflein von Imperialisten die Möglichkeit hatte, im Verlauf von vier langen Jahren die Arbeiter der verschiedenen Länder zu zwingen, einander den Hals abzuschneiden! Gedenke dessen, daß der Krieg der Bourgeoisie über Europa und die ganze Welt die fürchterlichste Hungersnot und das entsetzlichste Elend heraufbeschwor! Gedenke dessen, daß ohne den Sturz des Kapitalismus die Wiederholung von derartigen Raubkriegen nicht nur möglich, sondern unvermeidlich ist.

Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik, als Übergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates, zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel, welches die Möglichkeit gibt, die Menschheit von den Greueln des Kapitalismus zu befreien. (...)

Der imperialistische Raubkrieg hat die Geschicke der Arbeiter des einen Landes mit den Geschicken der Proletarier aller Länder besonders eng verknüpft. Der imperialistische Krieg hat aufs neue bestätigt, was in den Generalstatuten der I. Internationale gesagt war: die Emanzipation der Arbeiter ist weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein internationales Problem."

Die neue chinesische Verfassung:

"PROLETARISCHE DIKTATUR" UND "SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT"
MADE IN CHINA

(aus "Il Programma Comunista" Nr. 3, Februar 1975)

Es war das traurige Privileg von Stalin, 1926 zu verkünden, daß man in Rußland, also in einem einzigen Land, dabei war, den Sozialismus aufzubauen, und somit die verblüffende Theorie in Umlauf zu bringen, daß die sozialistische Gesellschaft sozusagen durch eine standesamtliche Urkunde....geboren wird. In einer letzten verzweifelten Aufwallung in Verteidigung des Marxismus hat die Opposition erfolglos darauf hingewiesen, daß bis dahin niemand in der bolschewistischen Partei gewagt hätte, zu bestreiten, daß die "Bezeichnung SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK", Ausdruck der unleugbaren POLITISCHEN Tatsache, daß die Arbeiterklasse die Macht mit Gewalt erobert hatte und daß diese Macht diktatorisch von der Partei des Kommunismus ausgeübt wurde, keineswegs bedeutete, "daß die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden" (1). Die Opposition wies darauf hin, daß die bolschewistische Partei die Staatsmacht dazu ausnutzte, um die GRUNDLAGEN des Sozialismus zu schaffen, aber nicht um den SOZIALISMUS AUFZUBAUEN, weil das unmöglich war; ihre Aufgabe, die Aufgabe, die sie sich AUSDRÜCKLICH gestellt hatte, war bescheidener: in Erwartung der proletarischen Revolution MINDESTENS in einigen entwickelten kapitalistischen Ländern, eine zum größten Teil noch vorkapitalistische Wirtschaft mittels des Staatskapitalismus unter ihre Kontrolle zusammenfließen zu lassen. Von Sozialismus in einem "geschlossenen Staat" zu reden, zumal wenn es sich um ein rückständiges Land handelt - aber auch in der Hypothese EINES fortgeschrittenen Landes - und die internationale proletarische Revolution aussetzen vor lassen, war UNGEHEUER, und seitens der Partei, die die historischen Interessen des Proletariats verkörpert, ein zynischer BETRUG. Umsonst: der "Vater der Völker", "Himalaya des Gedanken", "genialer Interpret des Marxismus-Leninismus" und künftiger Henker der bolschewistischen alten Garde und des roten Oktobers, namentlich Generalsekretär Joseph Stalin, hat seine Unterschrift und seinen Notarsiegel unter die "neue Wirtschaftsordnung" gesetzt und sie wurde - oh Wunder - "sozialistisch" unter dem frenetischen Applaus eines ekelhaften Publikums aus Arschleckern. Fast dreißig Jahre später, als der Sozialismus bereits... aufgebaut war, will dieselbe Logik, daß durch einen ERLAß von Stalin in seinen "Ökonomischen Problemen des Sozialismus" das Wertgesetz in einer voll entwickelten "sozialistischen" Wirtschaft weiterhin herrscht!

Mao sollte aber ein niederträchtigeres Privileg erlangen, und das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß in der aufsteigenden Reihe der "Gedanken" seine bekanntlich den Gipfel darstellen. Auf die Frage, was wäre die Diktatur des Proletariats, antwortete Engels mit dem Hinweis auf die

Pariser Kommune: diese wurde durch den bewaffneten Kampf, durch den PHYSISCHEN Zusammenstoß zwischen den Klassen auf offener Straße errichtet und verteidigt. Wenn man uns in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg dieselbe Frage gestellt hätte, hätten wir auf die noch umzingelte sowjetische Festung hingewiesen: diese entstand aus den proletarischen Aufständen von Moskau und Petrograd; aus dem gewaltsamen Ausbruch der sozialen Gegensätze, die sich in der alten russischen Gesellschaft und in der Welt akkumuliert hatten; aus der Ausrottung aller inländischen Gegner, auch "proletarischen" Ursprungs; aus dem glühenden Bürgerkrieg; sie WIDERSTAND, in einer heroischen Anstrengung, um die Widersprüche der Wirklichkeit eines überwiegend bäuerlichen Landes zu überwinden, und vertraute deren schwierige Lösung einer, oder sogar zwei aber UNTRENNBAREN "HÖHEREN INSTANZEN" an: "der kommunistischen Partei und der internationalen Vereinigung der Kommunistischen Parteien aller Länder - der Kommunistischen Internationale" (2), Organe und Werkzeuge eines Klassenkrieges auf Weltmaßstab, von dessen Ergebnis zunächst das Überleben und dann der "Übergang zum Sozialismus" abhängen.

Man hat das Schicksalsjahr 1975 und seine Majestät, den Vorsitzenden Mao abwarten müssen, um das Spektakel erleben zu dürfen, daß ein "demokratischer Volksstaat, geführt von der Arbeiterklasse und gegründet auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern", wie eine neue Minerva, die fix und fertig aus dem Kopf eines neuen Jupiters hervorgeht, sich von selbst in einen "sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht" verwandelt (Artikel 1 der neuen chinesischen Verfassung) (3). Und das alles DURCH ER-LASS einer Versammlung von 2.864 Delegierten, hinter verschlossenen Türen, im Geheimen des Kongreßpalastes, ohne Blutvergießen, ohne Schlachten, nach achttägiger Diskussion, nach der die Bekanntmachung an das Volk erfolgte, das erstaunt herbeieilte, um hinter den Polizeigittern dem Wort zu lauschen. Die Versammlung der Notare unterschreibt und stempelt... und die Diktatur des Proletariats ist da! Wunder der "Gedanken Mao tse-tung":

Doch die schwindelerregende Tiefe dieser "Gedanken" kann da nicht haltmachen. Für den Marxismus, "zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die REVOLUTIONÄRE DIKTATUR DES PROLETARIATS" (Marx, Kritik des Gothaer Programms). Als genialer "Erneuerer" identifiziert Mao die Diktatur des Proletariats mit dem Sozialismus, d.h. mit der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft: die Versammlung der Notare unterschreibt und stempelt und man hat nicht nur die Diktatur des Proletariats, sondern diese ist dazu noch... der Sozialismus! Für die, die das ABC des Marxismus gelernt haben, beginnt der niedrige Kommunismus oder Sozialismus, WENN ES KEINE KLASSEN MEHR GIBT, also keinen Staat mehr, auch keine Diktatur des Proletariats. Als genialer "Erneuerer" tischt uns Mao einen Sozialismus auf, der

nicht nur mit der "Diktatur des Proletariats" zusammenfällt, sondern noch folgende Merkmale aufweist: "Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus." (Präambel). Eine Signatur und ein Siegel einer Versammlung von Notaren, und der Marxismus ist auf den Kopf gestellt!

Für die Marxisten, die wahren, die orthodoxen, ist der niedrige Kommunismus oder Sozialismus deswegen niedrig, weil er "eine kommunistische Gesellschaft (ist), nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." Also "demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen exakt zurück, was er ihr (der Gesellschaft) gibt, was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum." Was er gegeben hat, wird sich aber sowohl qualitativ als auch quantitativ von einem Individuum zum anderen unterscheiden - das gleiche gilt auch für die Bedürfnisse, - und daher enthält die Verteilungsform des Sozialproduktes Ungleichheiten, KEINE "KLASSENUNGLEICHHEIT", wohl aber Leistungsungleichheiten" und somit individuelle "Privilegien". Diese Ungleichheit de facto stützt sich auf die Einführung von einem einzigen Maß für alle individuellen Arbeiten und ist in der folgenden Formel sehr gut ausgedrückt "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung", die noch von der völlig kommunistischen Formel "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" weit entfernt ist. Doch eine "kleine" Einzelheit unterscheidet diese "Muttermale" der alten Gesellschaft, die noch in der neuen Gesellschaft erscheinen, von denen der widerlichen Realität der kapitalistischen Gesellschaft. Der Produzent "erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundsoviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für den gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück." (4)

Jedoch ist dieser Schein unakkumulierbar und unzirkulierbar, er läßt sich also nicht wie Goldäquivalent beliebig gegen Waren tauschen; mit anderen Worten: er ist kein Lohn, er ist nicht das, was die bürgerlichen Ökonomen und auch Mao "Arbeitsertrag" oder ähnlich nennen. (Ein "Wort", sagt Marx, das "auch heute wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich" ist, und morgen "allen Sinn" verliert.) Wäre er das, dann wäre die Gesellschaft kapitalistisch, denn das Verhältnis der Lohnarbeit würde existieren, das allein ausreicht um den Kapitalismus zu definieren. Der 9. Artikel der chinesischen Verfassung, die im Januar 1975 verabschiedet wurde, ist unverschämt genug, einerseits zu behaupten: "Der Staat verwirklicht das sozialistische Prinzip" "Wer nicht arbeitet,

soll auch nicht essen!" (eine an sich unglückliche Formel, denn die Kinder und die alten Leute arbeiten nicht, und dennoch sorgt die sozialistische Gesellschaft für ihre Ernährung) "und jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung", und gibt also wieder an, daß der Sozialismus effektiv verwirklicht wurde; andererseits aber schützt "der Staat(...) das Eigentumsrecht der Bürger auf ihr Arbeitseinkommen, ihre Ersparnisse, ihre Häuser und ihre Verbrauchsgüter." Diese Aussage beweist also, daß man in der Tat den Kapitalismus noch nicht verlassen hat.

(Es gibt keine Scheine, die dem Arbeiter ermöglichen, ohne Markttausch aus einem gesellschaftlichen Vorrat die notwendigen Konsumtionsmittel herauszunehmen; die gesellschaftlichen Verhältnisse sind dergestalt, daß "gespart" wird, und daß man, anstatt ein Haus zur freien Verfügung zu bekommen, wohl ein Haus besitzen möchte...).

Weiter. Für die Marxisten, die wahren, die orthodoxen, ist das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln gewiß die VORAUSSETZUNG einer sozialistischen Wirtschaft, aber noch nicht die sozialistische Wirtschaft selbst. Wenn mit diesen, nicht den einzelnen gehörenden Produktionsmitteln, WAREN hergestellt werden; wenn die Produzenten LOHNEMPFÄNGER sind, kann das Eigentum noch so "gesellschaftlich" sein, es wird nach wie vor Kapitalismus herrschen. Für die Marxisten, die wahren, die orthodoxen, gibt es nicht "zwei Formen" von gesellschaftlichem Eigentum (angenommen, daß der Begriff "Eigentum" unter dem Sozialismus einen Sinn behält): eine, die die neue chinesische Verfassung in einer obskuren Sprache "das sozialistische Volkseigentum" nennt, und eine andere, die sie nicht minder obskur "das kollektive Eigentum der werktätigen Massen" nennt (Art.5). Der Sozialismus kennt nur den Besitz und die Verfügung über die Produktionsmittel durch die Gesellschaft, Punkt Ende. (5) In Wirklichkeit tut Mao hier nichts anderes, als die stalinistische Unterscheidung zwischen Staatseigentum in der Industrie (was an sich noch kein Sozialismus ist) und genossenschaftlichem Eigentum im Kolchos (was nicht nur keinen Sozialismus, sondern seine direkte Negation darstellt) zu variieren und im übrigen nicht minder stalinistisch wie folgt zu ergänzen: "die einzelnen Mitglieder der Volkskommunen (dürfen) kleine Parzellen für ihre private Nutzung bewirtschaften und häusliches Nebengewerbe in geringem Umfang ausüben" (Art. 7). (Mit welchen Produktionsmitteln, wenn nicht den eigenen?). Zusätzliche Negation der Existenz des Sozialismus in China, denn, wenn der Marxismus einen Sinn hat, arbeitet in der sozialistischen Gesellschaft ein jeder für den gemeinschaftlichen Gesellschaftsfonds und nimmt aus diesem alles, was er braucht: es wird nicht fifty-fifty gearbeitet, halb für die Gemeinschaft, halb für sich selbst. Und warum zum Teufel wird man "eine kleine Parzelle für seinen Privatnutzen bewirtschaften" und "häusliches Nebengewerbe" betreiben, wenn nicht, um die Überschüsse auf dem freien - legalen oder schwarzen - Markt zu verkaufen, was an sich die Existenz des Sozialismus negiert?

Schließlich, für die Marxisten, die orthodoxen, die "dogmatischen", enthält zwar der Sozialismus auf moralischer und gästigen Ebene einige "Muttermalc" der alten Gesellschaft,

aber niemals in dem Sinne, daß im Sozialismus "der Überbau der ökonomischen Basis entspricht und gleichzeitig mit ihr in Widerspruch steht", wie der geniale "Gedanke Mao tse-tungs" möchte. Ein solcher Widerspruch könnte in den letzten Abschnitten der proletarischen Diktatur bestehen, diese würde sich aber ihm gegenüber niemals neutral verhalten und würde z.B. nie dem Prinzip zustimmen, das Mao so teuer ist, daß die Bürger GLEICHWOHL "Religionsfreiheit sowie die Freiheit, sich zu keinem religiösen Glauben zu bekennen und Atheismus zu propagieren" haben (Art. 28), und zwar weil sie die erste bekämpfen und selbst die Initiative ergreifen würde, den Atheismus zu propagieren.

Man kann sie drehen und wenden wie man will, (und wir haben uns nur mit einigen Punkten befaßt), in der aus den schöpferischen "Gedanken Maos" fabrizierten Verfassung, sowie in der Wirklichkeit, die sie widerspiegelt, ist kein einziger Krümmel verwirklichter Sozialismus und kein einziger Krümmel assimilierter und verteidigter Marxismus zu finden.

Gibt es darin aber mindestens einen fernen Schimmer von "proletarischer Diktatur"? Diese wird aber nicht aufgrund ihrer ÖKONOMISCHEN Leistungen definiert. Wenn man hier nur die Wirtschaft betrachten sollte, würde man nicht einmal in der Lage sein, Schein und Wesen zu unterscheiden. Die Periode der NEP in Rußland z.B. bedeutete auf wirtschaftlicher Ebene eine Entfaltung und Zentralisierung der Marktwirtschaft, geführt von einer antikapitalistischen Diktatur der Kommunistischen Partei, d.h. vor Ausdehnung der Revolution auf weitere Länder konnte man nicht, in einem isolierten - und zumal rückständigen Land - zum Sozialismus übergehen, sondern mußte man dessen günstigste Voraussetzungen schaffen. Die proletarische Diktatur wird also aufgrund ihrer politischen Richtlinien innerhalb des Landes, wo sie besteht und ihrer internationalen Politik definiert, im Bewußtsein, daß sie eine vorgerückte Festung der internationalen proletarischen Revolution ist; in der festen Entscheidung, der Herrschaft der gegnerischen Klassen in allen Ländern den Krieg zu erklären; in der unbeugsamen Entschlossenheit, nicht nur in Worten sondern auch in Taten die besonderen Interessen oder Bedürfnisse von Russen, oder Chinesen, von Deutschen oder Italienern den Interessen und allgemeinen Zielen dieses unermesslichen Krieges unterzuordnen.

Wo wird man in der neuen chinesischen Verfassung den entferntesten Widerhall dieser kardinale Richtlinien finden? Sie stellt der kapitalistischen Welt keine Herausforderung, sondern hat ihr nur das höchste Gut, die "friedliche Koexistenz", anzubieten. (Präambel) Es wird nicht im Traum daran gedacht, mit Lenin zu verkünden: Das Proletariat, nachdem es in einem Land gesiegt hat, die Kapitalisten enteignet und die sozialistische Produktion organisiert hat, wird sich gegen die übrige kapitalistische Welt erhoben und die unterdrückten Klassen der anderen Länder an sich heranziehen, wird sie dazu anspornen, gegen die Kapitalisten zu rebellieren, und wird notfalls sogar die Militärmacht gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten gebrauchen (6). Die chinesische Verfassung hat im Gegenteil das Hauptziel,

egal ob bis 1980 oder später, ein "unabhängiges und relativ vollständiges" Wirtschaftssystem zu errichten, kurz und gut, ein isoliertes und sich selbst genügendes System, wie Stalin es geträumt hat, um nicht zu sagen ein autarkes System, wie Mussolini und Hitler es träumten, die nicht umsonst ihre nationalen und nationalistischen Wappen mit "Sozialismus" garniert haben. Chinas Weltfeind, wenn es einen noch gibt, ist nicht der Kapitalismus, sondern die beiden "Supermächte" und gegen deren "Drohungen und Beleidigungen" ist die sogenannte chinesische "Diktatur des Proletariats" bereit - wie im Referat von Tschou wiederholt und wie Strauß mehrmals versichert wurde - "besonders den Ländern Westeuropas" zu helfen (die bis zum Gegenbeweis KAPITALISTISCH UND IMPERIALISTISCH sind und die von Peking so hofierte "dritte Welt" ausbeuten), sowie Japan - d.h. dem expansivsten und mächtigsten Pol von kapitalistischer Akkumulation in Asien-Ratschläge für gutnachbarliche Beziehungen mit den USA zu geben. Kurz, China ist kein subversiver Faktor in der Welt, sondern eine Säule des status quo: eine Diktatur also - das geben wir wohl zu - aber eine kapitalistische.

Wir bestreiten keineswegs, daß Mao vor der GESCHICHTE den Verdienst hat, die kapitalistische Revolution in China zu Ende geführt zu haben; daß dadurch sich nicht nur die Gesellschaft, deren Wortträger er ist, entwickelte, sondern deren Totengräber, das Proletariat, sich auf breiter Grundlage bildete; daß Mao, gegen seinen Willen dafür arbeitet, objektive Voraussetzungen der zukünftigen Revolution und Diktatur des Proletariats, die ihrerseits dann zum Sozialismus führen wird, zu schaffen. Das alles bestreiten wir nicht. Aber so "verdienstvoll" die bürgerlichen Revolutionäre des modernen Chinas auch sein mögen, erkennen wir in ihnen seit langem, und eben weil sie Bahnbrecher und Instrumente des Kapitalismus sind, den Klassenfeind, zwar weniger mächtig und drückend wie viele ihrer Kollegen der fünf Kontinente, aber umso feindlicher, je mehr sie sich als "Brüder" ausgeben.

- (1) Lenin, Über die Naturalsteuer, April 1921, Werke Bd. 32, S. 342
- (2) Lenin, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, Januar 1922, Werke Bd. 33, S. 169
- (3) Die Auszüge der neuen chinesischen Verfassung wurden der Peking Rundschau Nr. 4, 28. Jan. 1975 entnommen.
- (4) Kritik des Gothaer Programms
- (5) Die Kunst, seine Nächsten in die Irre zu führen, hat sich ohne weiteres vom Stalinismus auf den Maoismus übertragen. Einerseits schreibt man, daß die sozialistische Umwandlung (was das bedeuten soll, weiß Konfuzius) der Produktionsmittel praktisch vollzogen ist, andererseits, daß "in einigen Einheiten das sozialistische Eigentum lediglich formal ist, während die Leitung in der Tat nicht in den Händen der Marxisten

und der großen Arbeitermassen ist. Die Bourgeoisie wird viele Positionen besetzen, falls das Proletariat sie nicht besetzt." Mit anderen Worten, wir befinden uns im "Sozialismus", es handelt sich aber um einen formalen "Sozialismus", wo es noch Bourgeoisie gibt und die Gefahr, daß diese "Positionen" erobert, wenn man nicht beide Augen öffnet (es stimmt zwar, daß in § 5 davpm die Rede ist, daß der Staat "den Grundbesitzern, reichen Bauern und reaktionären Kapitalisten (die "nicht-reaktionären haben es immer gut...)" und anderen Missetätern die politischen Rechte für eine bestimmte Periode entzieht"; es stimmt auch zwar, daß Art. 12 besagt, daß das Proletariat auf der Ebene des Überbaus seine vollständige Diktatur über die Bourgeoisie ausüben muß. Es liesse sich fragen, was außerhalb der "bestimmten Periode" und der "Ebene des Überbaus" geschieht, zumal die Ausübung der Diktatur mehr Pflicht als Tat zu sein scheint. Trotz alledem führt das ganze zu Jubelausbrüchen bei der maoistischen Linken. In Italien kommentiert die "Quotidiano dei lavoratori" v. 21.1. in Extase vor "dieser ganzen Problematik": "Welchen Unterschied, sogar in den Formulierungen (...) zu den damaligen Behauptungen von Stalin über die bereits befestigte Verwirklichung des Sozialismus!" "Toll! Der einzige Unterschied besteht darin, daß für Stalin der Sozialismus schon da war, während für Mao gleichzeitig Sozialismus und Diktatur des Proletariats da sind: beide werfen den Marxismus über Bord.

- (6) Siehe "über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa". Bd. 21. Bekanntlich glauben die Stalinisten, in den ersten Sätzen die Rechtfertigung für den "Sozialismus in einem einzigen Land" zu finden, während sie den zweiten Teil, der alle Theorien der friedlichen Koexistenz ins Gesicht schlägt, beiseite lassen. In Wirklichkeit, wie Lenin besser als alle anderen wußte, und wie Trotzki, Sinoview und Kamenew 1926 bewiesen, auch wenn die sozialistische Umwandlung eines fortgeschrittenen Landes theoretisch nicht unmöglich ist, würden der Bürgerkrieg und der internationale Krieg ausbrechen, bevor sie zu Ende geführt werden könnten.

Die Übertretungen des § 218, die sich im Laufe der letzten Jahre häuften und zu einer Art-Massenverletzung der ach so heiligen Gesetzestafeln führten, konnten nicht umhin, die Reformdemagogie der SPD auf das Problem der "Schwangerschaftsunterbrechung" zu lenken und dem "klassischen" Liberalismus Anlaß zu einer "Neubelobung" zu geben: Man kann schließlich nicht erlauben, daß ein Gesetz nicht respektiert wird, und andererseits muß man ja verhindern, daß sich kollektive Aktionen zu einer Anpassung der Gesetze an die kapitalistische Entwicklung selbst sich außerparlamentarisch artikulieren. Es gilt dann, die Reaktionen auf solche Widersprüche im gesellschaftlichen Gefüge in den parlamentarischen Kretinismus zu integrieren, mit dem Vorteil, entweder doch durch den Kuhhandel zu einer Anpassung des Gesetzes zu kommen, oder alles in den Schwierigkeiten der parlamentarischen Mehrheiten und der Verfassungsgerichte versanden zu lassen. Die SPD, die zunächst - lange ist es her - die Revolution als Utopie preisgab, um den reformistischen Weg einzuschlagen, zeigt jetzt wieder, daß auch der Reformismus utopisch ist und der Realität der "Kräfteverhältnisse" angepaßt werden muß. War vor etlichen Jahrzehnten die 100%ige Mehrheit für die "Ausrufung" des Sozialismus erforderlich, so sind heute der kirchliche Segen, das Einverständnis aller Vertreter der Öffentlichkeit und aller Instanzen erforderlich, um den Kapitalismus "zu verbessern". "Die Bourgeoisie", schrieb das "Manifest der Kommunisten", "kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren....Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche von allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen."

Davor, vor dem umstürzlerischen Charakter des Kapitalismus, schreckt die Bourgeoisie aber immer mehr zurück. Der unmittelbare Bourgeois flüchtet in den Versuch, alles zu erhalten, wird konservativ, aber damit erlischt nicht die Unsicherheit und die fortwährende Bewegung des Systems: sie auf politischer Ebene zu artikulieren, wird von anderen übernommen: von den

ontarteten Arbeiterparteien, bis auch diese durch die Assimilierung mit dem Kapitalismus reformunfähig werden.

Pseudokommunisten werden sich dann ereifern, den reformistischen Zug des Kapitalismus zu übernehmen, die gefallene Flagge des maroden Liberalismus selbst zu hissen, dessen Erbe anzutreten, um die Parabel der ehemaligen Arbeiterpartei SPD im kleinen Rahmen zu wiederholen.

Welche Stellung nehmen aber revolutionäre Kommunisten zum Problem solcher Reformen des rechtlichen Überbaus, zu seiner Anpassung an eine neue Lage; welche Stellung nehmen dazu die Kommunisten, die nicht bloß Ausdruck der unmittelbaren Bewegung und Bedürfnisse des Kapitals sind, sondern im Hinblick auf die Überwindung des Kapitalismus arbeiten? Wie stellen sie sich zur Entfernung eines rechtlichen Ballastes, der die wahre Natur der kapitalistischen Unterdrückung verschleiert und, wie im Falle des Abtreibungsverbotens, das Leben der proletarischen Frau zusätzlich erschwert?

Eine kurze Antwort darauf finden wir im nachstehenden Artikel aus unserer französischen Presse, dem noch vorzuschicken wäre, daß die in Frankreich erreichte Novellierung und Rücknahme eines trotz seiner Wirkungslosigkeit drückenden Gesetzes nur möglich war, weil eine zwar konfuse und schlecht artikuliert, dennoch vorhandene, kollektive Aktion die Regierung dazu zwang, während die Übertretungen des Gesetzes die Parlamentarier und Regierenden vorher nur zu den üblichen endlosen Diskussionen veranlaßt hatten.

DIE KOMMUNISTEN UND DIE ABTREIBUNG

(aus Le Proletaire, Nr. 185, 2. bis 15.12.1974)

Wenn wir mit Genugtuung das Eingeständnis verbuchen, daß das Gesetz nicht die vernunftmäßige Verkörperung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern Ausdruck eines Kräfteverhältnisses ist, so lehnen wir kategorisch seinen Anspruch ab, "die öffentliche Meinung" demokratisch zu vertreten. Der Staat und sein Gesetz als ZWANGS- und UNTERDRÜCKUNGSINSTRUMENT im Dienste einer Klasse und ihrer Gesellschaftsordnung ZWINGT der Gesellschaft und vor allem den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen die Spielregeln dieser Gesellschaftsordnung AUF. Man braucht sich bloß den lächerlichen Charakter der vorgeschlagenen "Liberalisierung" anzusehen, um zu verstehen, daß sie den Austausch eines unhaltbar gewordenen DIREKTEN Verbots durch ein INDIREKTES Verbot vorsieht, indem die Prinzipienfreiheit durch eine Anhäufung von praktischen Hindernissen, Abschreckungsmitteln und materiellen Schranken gehemmt wird, die ausschließlich - genau wie das momentane Gesetz - gegen die Frauen der armen Klassen, gegen die Proletarierinnen gerichtet sind.

Die Tatsache, daß der bürgerliche Staat und seine Gesetzgebung der kapitalistischen Gesellschaft dienen und sie verteidigen, ist nicht immer offensichtlich, da diese Gesellschaft nicht logisch und kohärent fabriziert wurde, sondern den AUSGANGSPUNKT ihrer Entwicklung in früheren Gesellschaftsformen fand. Selbst wenn sie diese ungewälzt hat, so hat sie doch - vor allem was den Überbau betrifft - einige ihrer Aspekte wieder übernommen. Sie hat die gewissen Gewohnheiten, die gewissen Rahmen, die gewissen Prinzipien GEERBT, die sie am besten für ihre EIGENE ERHALTUNG ausnutzt. Dies kann sich nicht ohne Widersprüche vollziehen, in dem Maße wie die Entwicklung des Kapitalismus selbst dazu TENDIERT, gewisse überlebte Formen auszurotten.

Vom christlichen Feudalismus hat die Bourgeoisie zum Beispiel die unauflösliche Ehe geerbt, und sie benutzt die auf dieser Ehe gegründete Familie als Grundzelle und Reproduktionseinheit. Die gesellschaftliche Dynamik aber tendiert unausweichlich zum Zerplatzen der Familie. Die Bourgeoisie gebraucht also die alte Gesetzgebung, um die zersetzende Wirkung ihrer eigenen Wirtschaft zu BREMSEN, um die GESELLSCHAFTLICHE ZERSETZUNG und die Unruhen, die sie verursacht, aufzuhalten, indem sie die Trennung der Eheleute VERBIETET. Langfristig jedoch kann der wirtschaftlich-gesellschaftliche Druck nicht durch das Gesetz zurückgehalten werden, und die Bourgeoisie wird allmählich dazu gezwungen, die alten Verbote aufzuheben und die Scheidung zu erlauben.

Aus demselben gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Druck sahen kapitalistische Länder ihre Geburtenrate sinken. Die Bourgeoisie versuchte die Proletarier mit Gesetzen, die Verhütungsmittel und die Abtreibung verboten, zum Kinderzeugen zu zwingen, indem sie auf das natürliche sexuelle Bedürfnis rechnete und alles verbot, was eine Schwangerschaft hätte vermeiden oder unterbrechen können. Nun scheiterte aber der Versuch: die Bourgeoisie hat nicht nur die Geburtenabnahme nicht verhindert - trotz der Strenge des Gesetzes registriert man in Frankreich ebensoviele Abtreibungen wie Geburten! -, sondern den armen Klassen die Schlinge so eng um den Hals gelegt, daß immer heftigere Reaktionen auftreten, und zwar in solcher Weise - oh Ironie! -, daß das Gesetz selbst die Ursache für "Unordnung" wird. Trotz der christlichen Moral, auf die sich die Bourgeoisie stützt, und trotz ihrer Befürchtungen, die Kontrolle... über die Kontrolle der Geburten zu verlieren, versucht sie doch eine Lösung zu finden, was jene Debatten aufkommen läßt, in denen die bürgerliche Heuchelei und der bürgerliche Stumpfsinn einem ebenso bürgerlichen "Realismus" die Stirn bieten.

Natürlich haben wir Kommunisten immer die Aufhebung aller repressiven und nötigen Gesetzgebung im Familien- und Reproduktionsbereich gefordert und fordern sie noch immer und unterstützen die zur Abschaffung der in diesem Bereich noch bestehenden Verbote geführten Kämpfe. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir die PRINZIPIEN jener anerkennen, die diese Kämpfe anführen.

Auf keinen Fall fügen wir uns der bürgerlichen Perspektive, die vorgibt, daß, wenn man diese überhöhten Strukturen und Gesetze beseitigt, die Gesellschaft ein harmonisches Gleichgewicht in Freiheit wird finden können. Wir behaupten gerade, daß sich keinerlei "demographisches Gleichgewicht" im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft einstellen kann, die eine industrielle Reservearmee erzeugt, d.h. Arbeitslose - WIE AUCH IMMER DIE GEBURTENRATE AUSSEHEN MAG -, und deren Arbeitsmarkt solche Schwankungen erfährt, daß die Reproduktion der Produzenten - die 15 bis 20 Jahre erfordert - immer anarchisch bleibt. Genausowenig wie das Staatsgesetz könnte das freie Marktgesetz von Angebot und Nachfrage die Bevölkerungsfrage und die "Bedürfnisse des Landes" regeln. Aus diesen Bedürfnissen machen wir uns im Gegensatz zu den Bourgeois und ihren Lakaien nichts, die wie die KPF 1945 entschieden gegen die Einführung der Abtreibung sind, und die sich heute nur im Fahrwasser des bürgerlichen Staates und aus denselben Gründen wie dieser dafür einsetzen.

Auf keinen Fall ordnen wir uns dem Gedanken untern, daß die Abschaffung des gesetzlichen Zwangs den Weg in das Paradies der Freiheit bedeutet, wo jede Frau - geschweige denn Mann - "frei" entscheiden würde, wann, wo und warum sie ein Kind zur Welt bringt. Im Gegenteil gerade dann könnte sich der GESELLSCHAFTLICHE UND ÖKONOMISCHE ZWANG der kapitalistischen Gesellschaft FREI entfalten, um die Frau vom Gebären abzuhalten oder sie dazu anzuregen, sie zum Kinderkriegen zu treiben oder ihr diesen "Luxus" zu verbieten. Wir wollen aber gerade, daß die Frau erkennt, daß die wahre Ursache ihrer Unterdrückung der Kapitalismus selbst ist!

Auf keinen Fall ordnen wir uns dem Gedanken unter, daß die Fortpflanzung der Gattung "eine Frauensache" sei oder die Sache "jeder Frau". Wir behaupten, daß die Fortpflanzung der Gattung die ganze Menschheit angeht, aber daß nur eine klassenlose Gesellschaft ohne Antagonismen und innere Widersprüche sie BEWUSST wird STEUERN und der HÖHE IHRER WACHSENDEN MÖGLICHKEITEN ANPASSEN KÖNNEN. Das setzt außerdem die Auflösung der Familienwirtschaft und ihrer Vereinigung in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Aktivität voraus, wozu auch die Pflege der Kinder und ihre Erziehung gehören. Nur in einer solchen Gesellschaft wird sich die PLANUNG der Fortpflanzung, eigentlicher und wesentlicher Teil der produktiven Aktivität der Menschheit, OHNE ZWANG und ohne Appell an die FREIHEIT JEDER FRAU verwirklichen können.

Kurzum, wir stellen die individualistische und demokratische Ideologie, in deren Namen gewisse Leute das Recht auf Abtreibung fordern, in Abrede und verneinen, daß dieses Recht - selbst wenn es ohne Einschränkungen erkämpft wurde - die Widersprüche aufheben könnte, in denen der Kapitalismus die Fortpflanzung gefangen hält. Dennoch KÄMPFEN WIR für dieses Recht und dort, wo es noch nicht erkämpft wurde, wird es die Diktatur des Proletariats - wie in Rußland 1917 - sofort und ohne Einschränkungen einführen.

Gerade das Abtreibungsverbot genauso wie das Scheidungsverbot - oder die auf dem Geschlecht und manchmal auf der Religion oder Rasse gegründeten, logalen Diskriminierungen, die gleichfalls vorbürgerliche Überreste sind, aber derer sich die Bourgeoisie bedient, um die Proletarier zu spalten - sind gleichzeitig Instrumente einer VERSCHÄRFUNG DER UNTERDRÜCKUNG des Proletariats und ein DECKMANTEL, DER DIE WAHREN URSACHEN dieser Unterdrückung VERSTECKT.

Wir wissen sehr wohl und verkünden es von jetzt ab, daß in den USA auch die noch so vollkommenste rechtliche Gleichheit den schwarzen Proletarier niemals von der Unterdrückung und der Ausbeutung befreien wird. Aber sie wird ihm zeigen, daß die Ursache für seine Versklavung nicht die gesetzliche Diskriminierung ist, sondern der Kapitalismus. Wir idealisieren keineswegs das Recht auf Abtreibung. Wir sagen, daß es die Frau NICHT befreien wird. Aber es wird ihr zeigen, daß DIE URSACHE für ihre Unterdrückung nicht der Mangel an "Rechten" ist, sondern der Kapitalismus.

Wir kämpfen für diese Rechte, die wie Lenin sagte, "die Unterdrückung der Klassen nicht beseitigen, sondern nur den Klassenkampf klarer, weiter, offener, deutlicher werden lassen. Und das brauchen wir."

Und während die Bourgeoisie die Moral, die Gewohnheiten, die Traditionen und die vorbürgerlichen Gesetze ZUR VERSCHÄRFUNG DER UNTERDRÜCKUNG DES PROLETARIATS benutzt, müssen eben wir diese Kämpfe gegen die zusätzlichen Ketten als Hebel FÜR den allgemeinen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat benutzen.

L A U F B A H N D E S W E L T I M P E R I A L I S M U S
ÜBERPRODUKTION, ALLGEMEINE ARBEITSLOSIGKEIT, SENKUNG DES
LEBENSSTANDARDS:

DIE KAPITALISTISCHE WELT STÜRZT ERNEUT IN DIE KRISE

(aus Le Proletaire Nr. 191, Februar 1975 mit Weiterführung
der Wirtschaftsdaten)

Das Jahr 1975 ist in allen westlichen, kapitalistischen Ländern und besonders in den entwickeltsten ein Jahr der Wirtschaftskrise von einer seit dem Ende des Zweiten imperialistischen Weltkrieges unbekanntem Tragweite. Es ist nicht so, daß es dem Kapitalismus in 30 Jahren gelungen wäre, seine Widersprüche verschwinden zu lassen, wie es die bürgerlichen Ideologen gerne glauben machen wollen. Jedoch haben die vom II. Weltkrieg verursachten massiven Zerstörungen den Weltmarkt von den Kapitalüberschüssen befreit, als Deutschland und Japan, die beiden Hauptkonkurrenten der alten angelsächsischen und französischen Imperialismen und ihres weniger entwickelten russischen Verbündeten vernichtet wurden und dem Kapitalismus zu einer neuen Jugend verhalfen. Ein neuer Weg für eine massive Wiederaufbau- und Akkumulationsphase wurde geebnet. Diese Phase lief Ende der 60er Jahre ab. Der durch abwechselnde Perioden durchschnittlicher Aktivität, Produktionsfieber, Überproduktion, Krise und Stagnation gekennzeichnete kapitalistische Wirtschaftszyklus, der im "Wohlstand" des Wiederaufbaus geschwächt und bis heute von Land auf Land übertragen wurde, hat begonnen, sich mit Hilfe des Weltmarktes zu verallgemeinern, nachdem die in der Nachkriegszeit eingeführten Schranken für den Freihandel und für die Konvertierbarkeit der Währungen aufgehoben wurden. Gleichzeitig ließ sich die Tendenz zum Fall der Profitrate spüren und begann, das Kapital anzustacheln. In den Jahren 1970/71 zeigte sich der erste spürbare Ausdruck des kapitalistischen Zyklus auf Weltebene (noch mit einem leichten zeitlichen Unterschied von Land zu Land): Verlangsamung des Wachstums oder Produktionssenkung in allen großen westlichen kapitalistischen Ländern, Einengung des Welthandels, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Handels- und Währungskrieg (hauptsächlich durch die erste Abwertung des Dollars gekennzeichnet) (Siehe Lauf des Weltimperialismus in "Auszüge" Nr. 5, Jan. 1975). Wenn die Talsohle erst einmal durchlaufen ist, werden die Geschäfte "wiederaufgenommen": die Produktion und der Welthandel haben eine nie dagewesene Expansion erfahren, die 1973 ihren Höhepunkt erreichte; die Profite schnellten die Höhe; das Spekulationsfieber bemächtigte sich aller Wirtschaftszweige; die Preise und hauptsächlich die der Rohstoffe erhöhten sich vor dem Anwachsen der Nachfrage. Jedoch können die Produktionsfieberanfälle des Kapitalismus nur zur Verstopfung der Märkte, zur Überproduktion von Kapital und Waren, zu Entlassungen, mit einem Wort in die Krise führen, in die der Kapitalismus heute erneut stürzt. Produktionsrückgang, steiles Ansteigen der Arbeitslosigkeit, galoppierende Erhöhung der Lebenshaltungskosten und Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse: das ist die "rosige Zukunft des Kapitalismus."

TABELLE 1 - Wachstumsraten für die Jahre 1973/74
(in % im Vergleich zum Vorjahr)

	BSP		Automobil- produktion		Stahlproduk- tion	
	1973	1974	1973	1974	1973	1974
U S A	+ 5,9	- 2,2	+ 9,5	-25	+12,9	- 3,3
Großbritannien	+ 5,7	- 0,5	-10,3	-12	+ 5,2	-15,9
Japan	+10,5	- 1,8	+ 8,6	-18	+23,1	- 1,8
B R D	+ 5,3	+ 0,4	+ 3,7	-23	+13,3	+ 7,6
Frankreich	+ 6,0	+ 4,7	+ 7,0	- 5	+ 5,0	+ 6,8
Italien	+ 6,4	+ 3,9	+ 5,3	- 8,3	+ 4,8	-13,7

Quellen: Bruttosozialprodukt: für 1973, OECD, Principaux indicateurs économiques; für 1974: statistiques nationale officielles oder Schätzungen der OECD, Dezember 1974 (für Großbritannien und Frankreich); Automobilproduktion: UNO Bulletin mensuel de statistiques und Financial Times 13.1.75; Stahlproduktion: UNO, Bulletin mensuel de statistiques und Financial Times, 27.1.75.

Nach dem Wirtschaftsboom, der Mitte 1973 seinen Höhepunkt erreichte, sank die Wachstumsrate der Industrieproduktion in allen großen westlichen Ländern fortschreitend. Von der zweiten Jahreshälfte 1974 an begann die Krise sich zu manifestieren und traf die beiden stärksten westlichen Wirtschaften, die USA und Japan, deren Bruttosozialprodukt merklich abnahm, ebenso wie das Großbritanniens. Sehr wichtige Industriezweige wie die Autoindustrie und die Bauwirtschaft wurden von 1974 an stark erschüttert. Am Ende desselben Jahres zeigt der Gesamtindex der Industrieproduktion in allen entwickelten kapitalistischen Ländern des Westens einen starken Rückgang an; wie es die Zahlen der Tabelle 2 bezeugen, verstärkt sich diese Produktionsabnahme.

TABELLE 2 - Veränderung der Industrieproduktion im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres (in %)

	Okt. 74	Nov. 74	Dez. 74	Jan. 75	Febr. 75	März 75
U S A	- 1,7	- 4,3	- 6,5	- 9,3	-11,5	- 12,1
Großbr.	- 2,0	- 2,7	- 2,1	+ 5,8+)		
Japan	- 9,7	-13,4	-13,8	-18,0		
BRD	- 4,4	- 3,5	- 8,9++)			
Frankr.		-3,2	- 4,2	- 7,2		
Italien	- 2,8	- 7,3	-11,1	-12,5		

Quellen: OECD, Principaux indicateurs économiques, nationale, in der Presse veröffentlichte Statistiken

+) Großbritannien verzeichnete im Jan. 1975 gegenüber Jan. 1974 eine Erhöhung, da^{es} im Jan. 1974 die Dreitageweche hatte.

++) Für die BRD sind die Zahlen für 1975 noch nicht publiziert worden.

Die Warenüberproduktion und die Absatzschwierigkeiten drücken sich jetzt auch in anderen Branchen aus und nicht nur in der Automobilbranche, wo die Fabrikanten keine andere Möglichkeit haben, um ihre Lagerbestände abzusetzen, als...Preissenkung, indem sie offen oder in verschleiierter Form Preisnachlässe anbieten: in den USA bieten die großen Autohersteller schon Nachlässe zwischen US \$ 200 und 500 an, und in mehreren Branchen "liefern sich die Firmen einen regelrechten Preiskrieg, um ihre Lagerbestände loszuwerden, während die Nachfrage sinkt". (Le Monde 9.2.75)

Die Produktionssenkung im Produktionsmittelbereich ist noch größer, was die marxistische Theorie bestätigt. Genauso erfuhr die Weltstahlproduktion, die sich Anfang 1974 noch in vollem Aufschwung befand, im Laufe des Jahres einen gewaltigen Konjunkturrückgang und lernt zu Beginn 1975 eine Krise "von einer Heftigkeit" kennen, wie sie die Industriellen seit langer Zeit nicht mehr beobachtet haben (Le Monde 6.2.75). Lt. dem "Internationalen Institut für Eisen und Stahl", nehmen die Stahlaufträge überall im letzten Vierteljahr 1974 um 30% bis 40% ab. Im Dezember 1974 sank die Stahlproduktion in den USA im Vergleich zum Vorjahr um 13,6%, in Japan um 8,6%, in Großbritannien um 7,1% (Financial Times 22.1.75)⁺. Was die Aufträge für Werkzeugmaschinen betrifft, so nahmen sie in einem Jahr in den USA um 66% und in Japan um 34% entsprechend ab! (Financial Times 22.1. und 29.1.75). Schließlich sind die Preise der Industrierohstoffe wegen des Nachfragerückgangs der Konsumgüterindustrien gleichfalls dabei, zu sinken: -33,6% in einem Jahr (allgemeiner Dollarindex), -31,7% (Metalle). (The Economist, 8.2.75) +) im Jan. 75 in Frankreich um 9,5%, in Deutschland um 5% (Figaro 10.2.75)

Für 1975 sagen die bürgerlichen Experten ausdrücklich eine Verschärfung der Krise voraus, wie es die oben zitierten Zahlen schon anzeigten. In seiner kürzlichen Botschaft an den Kongreß kündigte Ford in der USA offiziell eine erneute Senkung des Bruttosozialproduktes um 3,3% für 1975 an, während die First National City Bank (Rockefeller-Gruppe) voraussah, daß es vor 1976 keine Ankurbelung der Wirtschaft geben wird (Financial Times, 14.1.1975) In Großbritannien sieht man eine mindest zweiprozentige Senkung des Bruttosozialprodukts voraus (Financial Times, 21.12.75); in Japan sinkt die Produktion im ersten Vierteljahr 1975 weiter; in Italien sehen "die optimistischen" Experten einen Fall der Industrieproduktion um 20% für das erste Vierteljahr 1975 voraus (Financial Times 31.1.75) (Siehe die effektiven - und weitaus drastischeren Daten in der Tabelle 2). In Deutschland wird der übliche Regierungsoptimismus z.B. durch die Prognose der Westdeutschen Landesbank widerlegt, die eine Belebung der Wirtschaft erst für 1976, evtl. sogar für die zweite Hälfte 1976 voraussagt.

Steiles Ansteigen der Arbeitslosigkeit

Bei Überproduktion, Absatzschwierigkeiten und Produktionssenkung befreit sich das Kapital von der überflüssig gewordenen Arbeitskraft und die Arbeitslosigkeit schnell überall in die Höhe, wie es die Zahlen der Tabelle 3 belegen. Allein

von Dezember bis Januar stieg die Arbeitslosenzahl in den USA um 900.000 (und dann weiter bis auf 8.176.000 im April 1975: 9% der aktiven Bevölkerung!) In Deutschland und Italien übersteigt sie jetzt eine Million, in Großbritannien und Frankreich übersteigt sie 3/4 Millionen.

TABELLE 3 - Arbeitslosigkeit, (Bruttozahlen ohne Saisonbereinigung, ausgenommen für die USA)

	Dez. 74	Jan. 75	Febr. 75	März 75	April 75	Erhöh. in 1 J.
USA bereinigt	6.601.000	7.529.000	7.484.000	8.000.000	8.175.000	+ 80%
Großbr. nicht ver- öffentlich		763.000	781.000	796.000	823.000	+ 37%
Japan	830.000	990.000				+ 35%
BRD	946.000	1.154.000	1.184.000	1.150.000	1.080.000	+101%
Frankr.	723.000	766.000	770.000	755.000		+ 72%
Ital.	1.222.000					

Quelle: OECD, Principaux Indicateurs économiques)

Diesen Zahlen, die die offiziellen Zahlen der Bourgeoisie sind, muß man alle nichtgemeldeten Arbeitslosen hinzufügen, sowie die Jungen, die frisch auf den Arbeitsmarkt kommen, und die weibliche Gelegenheitsarbeitskraft, die bei den ersten Krisenzeichen entlassen wird; die nichtregistrierten oder durch offizielle Maßnahmen und Einschüchterungskampagnen en masse in ihre Heimat zurückgeschickten "Gastarbeiter", schließlich die Kurzarbeiter (nach offiziellen Schätzungen 3,8 Mio. in den USA, 900.000 in Deutschland, 500.000 in Frankreich). Wenn sich die bürgerlichen Experten auch mit Vorliebe über die wahre Zahl der Arbeitslosen streiten, so sind sie sich doch darin einig, daß die Arbeitslosigkeit 1975 weiter zunehmen wird. Die OECD sah in ihrem letzten Bericht 4 Mio. zusätzliche Arbeitslose für ihre Mitgliedsstaaten voraus, während verschiedene Schätzungen für jedes Land folgende Zahlen voraussehen:

U S A: nach den offiziellen Schätzungen (Botschaft von Ford an den Kongreß) sollte die Lage wie folgt aussehen:

- 8,1% der Arbeitskraft, 7.400.000 Arbeitslose für 1975 (14 Tage nach ihrer Veröffentlichung war diese Zahl von den offiziellen Statistiken überholt, siehe Tabelle 3)
- 7,9%, d.h. 7.200.000 Arbeitslose für 1976
- 7,5%, d.h. 6.800.000 Arbeitslose für 1977.

Dem muß man hinzufügen, daß diese Voraussagen sowie die für die Produktion von den bürgerlichen Experten als "ungenügend pessimistisch" beurteilt werden (The Economist, 15.2.75)

Großbritannien: verschiedene Untersuchungen ergeben:

- 950.000 Arbeitslose für 1975 (Schätzungen lt. NIESR, Financial Times 31.12.74)
- 1.250.000 Arbeitslose für März 1976 (FT, 3.2.75)

Frankreich:

1.000.000 Arbeitslose werden für 1975 vorausgeschen (L'Expansion, Januar 75).

Italien:

man schätzt 1.300.000 Arbeitslose für 1975 (The Economist, 15.2.75). Diese Zahl muß man bestimmt um 300.000 oder 400.000 erhöhen, da es schon im Dezember 1,2 Mio. Arbeitslose gab (siehe Tabelle 3).

(Für Deutschland siehe Tabelle 3).

Die amerikanischen und britischen Schätzungen zeigen, daß, selbst wenn 1976 die Produktion wieder angekurbelt wird, die Arbeitslosigkeit ANHALTEN muß, da das Kapital die Krise nutzt, um sich zu konzentrieren, sich umzustrukturieren, die weniger produktiven Einheiten neu zu organisieren, die Produktivität mit Hilfe von Entlassungen und "Säuberungen" der Unternehmen zu steigern.

Inflation und Offensive des Kapitals gegen die Arbeiter

Die galopierende Steigerung der Konsumgüterpreise setzte sich 1974 fort: im Dezember erreichte sie eine Jahresquote von 13,7% in den USA, 21,9% in Japan, 14,9% in Frankreich, 6,9% in Deutschland, 25,3% in Italien, 19,1% in Großbritannien. Die Inflation und die "antiinflationären Maßnahmen", die auf ein Bremsen der Lohnerhöhung abzielen, sowie der durch die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit ausgeübte Druck erlauben der Bourgeoisie, die Reallöhne zu senken, die Ausbeutungsrate zu steigern und die Profitrate wiederherzustellen.

In den USA ist das Ergebnis schon eine von den offiziellen Statistiken anerkannte Senkung des Lebensstandards: zwischen Oktober 1973 und Oktober 1974 ist der Index des realen Stundenlohnes von 109,5 auf 106,6 gefallen, d.h. eine SENKUNG von 2,6% in einem Jahr. Da gleichzeitig die Arbeitsstunden abgenommen haben, hat der offizielle Index des verfügbaren Einkommens eines Arbeiters mit einem 4-Personen-Haushalt für denselben Zeitraum um 4,8% abgenommen. (Survey of Current Business, Nov. 74).

In Großbritannien sieht die Kampfkraft der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen so aus, daß

es dem Kapital trotz aller Bemühungen der verdorbenen Gewerkschaftsführer der TUC und der Laborregierung 1974 nicht gelungen ist, eine allgemeine Senkung der Reallohne durchzusetzen. Das Kapital macht aber mindestens keinen Hehl aus seinen Interessen:

"Wir denken", erklärte kürzlich der Sprecher der Unternehmerschaft, "eine allgemeine Höchstgrenze für die Löhne zu setzen, die sich nach der laufenden Inflationsrate abzüglich eines gewissen Betrages richten würde". Die Financial Times, die diese eindeutige Erklärung wiedergab, kommentierte: "Offensichtlich wurden die Unternehmer durch die Erklärung von Healey (Finanzminister der Labourregierung) ermutigt, daß es wohl viel besser wäre, wenn die Leute Arbeit hätten, selbst wenn dies bedeuten würde, durchschnittlich "niedrigere Löhne in Kauf zu nehmen" (FT, 16.1.1975). Die offiziellen Schätzungen sprechen für 1975 von EINER SENKUNG DES PERSÖNLICHEN REALEINKOMMENS VON 3,8%.

In Deutschland sind die offiziellen Prognosen und Aussagen der "sozialistischen" Regierung genauso klar: um die Investitionen anzuregen müßten die Gewinne der Unternehmer 1975 um 8% bis 10% wachsen, während die Erhöhung der NOMINALLöhne auf 5% und 6% begrenzt werden müßte, und die offizielle Rate der Preissteigerung bei 6% liegen müßte. (FT 30.1.75)

In Japan ist das reale "Einkommen" der Arbeiter und Angestellten 1975 nach der Berechnung der Gewerkschaften gesunken (-6% allein im Oktober). Lt. Figaro vom 15.2.75 scheinen "der Keidanren (Unternehmerschaft) und der Arbeitgeberverband zur äußersten Standhaftigkeit entschlossen, und das ist zweifellos der Grund, warum diese selben Krise mit einer nicht bekannten Beharrlichkeit von der Notwendigkeit einer Einkommenspolitik sprechen, die in ihrem Sinn nichts weiter als ein kaum versteckter Lohnstop wäre."

In Frankreich und in Deutschland hat die Bourgeoisie momentan nicht diese Sorge, da es die Gewerkschaften selbst übernehmen, die Forderungen der Arbeiter zu mäßigen und von sich aus einen Lohnstop zu verhängen.

Mit ihrem Gefolge von Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Elend für das Proletariat zerstört die Krise die Illusionen und die Heucheleien des kapitalistischen "Wohlstands", der "harmonischen Entwicklung", des "erst produzieren und dann verteilen". In allen Ländern spricht die Bourgeoisie jetzt nur von der Verteilung....der Opfer. Dies bedeutet, die Reallohne der Arbeiter zu senken, um die Profite des Kapitals wiederherzustellen; dies bedeutet grassierende Entlassungen und Steigerung der Arbeitsintensität, um die Produktivität und die heilige Konkurrenzfähigkeit der jeweiligen Produkte zu erhöhen. Dies bedeutet kurz und gut, die Arbeiter aller Länder dazu aufzufordern, den Gürtel enger zu schnallen, damit ihre Ausbeuter die Märkte der Konkurrenten an sich reißen und somit noch mehr Proletarier der anderen Länder in die Arbeitslosigkeit zu stürzen. Und das alles geschieht mit der Hilfe der reformistischen Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, die überall die Ausgebeuteten zur "Vernunft" und "Verantwortung" aufrufen, und überall versu-

chen, das Proletariat den Interessen der sogenannten "Volkswirtschaft" zu unterwerfen, einer "Volkswirtschaft", die die Proletarier gegen ihre Klassenbrüder der anderen Länder stellt, in einem Wirtschaftskrieg, wovon das Proletariat aller Länder nur das Opfer sein kann.

Keine kapitalistische Nation kann aber hoffen, aus der Krise auf Kosten der anderen "herauszukommen", weil sie alle, obwohl Konkurrenten, dennoch durch ihre Handelsbeziehungen aneinander gebunden sind. Die Krise ist keine "nationale" Krise; sie wird nicht durch die Grenzen eines Staats beschränkt. Sie ist allgemein und trifft alle im Weltmarkt integrierten Staaten, nicht nur die entwickelten westlichen Länder, sondern auch durch Gegenschläge die schwächeren und weniger entwickelten Nationen. Und wenn die Länder des östlichen Blocks - die nicht minder kapitalistisch sind - davon relativ verschont sind, ist es wegen ihrer noch schwachen Integration in den Weltmarkt.

Die Krise ist nicht durch die "schlechte Verwaltung" oder die "falsche Politik" dieser oder jener bürgerlicher Führer verursacht worden. Sie ist im Gegenteil eine unabwendbare Folge der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, die noch chaotischere Auswirkungen haben werden, solange die Warenproduktion, Lohnarbeit, Konkurrenz und kapitalistische Akkumulation weiterbestehen. Die Krise bringt einen nochmaligen Beweis dafür, daß die vom Kapitalismus erzeugten Produktivkräfte im Rahmen des Weltmarktes und der bürgerlichen Produktionsverhältnisse ersticken, und, daß die großen imperialistischen Metropolen unter ihrem eigenen Kapital ersticken und somit für die Errichtung der von Marktverhältnissen und Lohnarbeit befreiten, sozialistischen Produktion mehr als reif sind. Nur in dieser Perspektive ist eine solche Krise "nicht unvermeidbar" (um den Ausdruck der kleinbürgerlichen Reformisten zu benutzen). Für die Marxisten ist der einzige Weg, sie zu "vermeiden", weit entfernt von den Allheilmitteln der Kleinbürger, die den Traum haben, einen unmöglichen Kapitalismus zu verwalten, der "ehrlich" und durch die Verstaatlichung einiger "schädlicher Feudalen" von seinen Widersprüchen befreit wäre. Dieser einzige Weg ist die gewaltsame Zerstörung des bürgerlichen Staates und der despotische Eingriff der Diktatur des Proletariats in die Wirtschaft, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu vernichten, die unvermeidlich Ausbeutung, Krise und Elend gleichzeitig erzeugen und als ihre Voraussetzung haben.

Z U M 1. M A I 1975

Wohin führten 30 Jahre des demokratischen "Friedens"
und des kapitalistischen "Wohlstands"?

Nach Jahrzehnten der täglichen Predigt, daß es "uns (!) noch nie so gut gegangen ist", daß die Arbeiterklasse durch eine Reformpolitik den demokratischen Staat (den kapitalistischen Unterdrückungsapparat!) immer mehr zu einem sozialen Staat ausbauen kann, daß man in Deutschland nie eine "große" Arbeitslosigkeit dulden wird usw., sieht die Wirklichkeit so aus:

Massenarbeitslosigkeit - Massenkurzarbeit - Lohnkürzungen
- höllisches Arbeitstempo für die, die Arbeit haben - Anzettelung der Konkurrenz zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern.

Die Früchte der demokratischen oder gar sozialen Reformdemagogie, sofern Reformen überhaupt durchgeführt wurden, sind:

despotisches und arbeiterfeindliches Betriebsverfassungsgesetz - Zerquetschung der Löhne durch immer höhere "Sozialabgaben" - "Steuerreform" und Vorbereitung neuer Steuererhöhungen - allgemeine Bodenspekulation - Berufsverbote usw.

Dies sind aber nicht die wesentlichen Ergebnisse der Politik der demokratischen und nationalen Solidarität, die die offiziellen Arbeiterparteien und Gewerkschaftsbürokratien führen; das Schlimmste ist, daß Massenarbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Betriebsschließungen, kurz und gut eine Krise des Kapitals gegen die Arbeiter das Proletariat total unvorbereitet und entwaffnet finden.

Während der ganzen Zeit, wo es mit dem Kapitalismus bergauf ging, während der ganzen Zeit, wo es darum ging, die Ruinen des zweiten imperialistischen Krieges wiederaufzubauen, tröstete man eine politisch ausgerottete und vom Krieg geschwächte Arbeiterklasse mit "einer besseren Zukunft", mit der "Entwicklung der Demokratie". Man ließ nichts unversucht, um zu verhindern, daß die Arbeiter die Aufschwungsperiode, das riesige Wachstum der Produktivität - die beide ausschließlich durch ihre Arbeit zustandekamen - ausnützten, um durch echte Kämpfe ihre Lebensbedingungen entsprechend zu verbessern und gleichzeitig - was noch viel wichtiger ist - eine Kampfeinheit und Solidarität zu schaffen, die ihre einzige Waffe in der Krisenzeit und gegenüber der Kapitaloffensive bildet.

Die politischen Parteien - in Westdeutschland die SPD mit allen ihren mehr oder weniger verschleierten Sympatisantenparteien, in anderen Ländern direkt die Nationalkommunisten - und dazugehörige Gewerkschaftsbürokratien, die die Arbeiter in diese Sackgasse führten, finden nun die Situation sehr traurig und überschwemmen - wenn Parlaments- oder Betriebswahlen es verlangen - die ganze Landschaft mit Krokodilstränen und heuchlerischen Phrasen.

Das einzige, wofür sie aber in einer solchen Situation eifrig arbeiten - und das geben sie offen zu - ist, daß die Arbeiterklasse bloß ruhig bleibe, bloß die "Lage der Wirtschaft" berücksichtige, bloß ohne aufzumucken den Gürtel enger schnalle, damit "man" über den Berg kommen kann, damit man denselben Film wieder von vorne abrollen kann.

D.h. sie geben zu, die Interessen des Kapitalismus zu vertreten, und sie geben auch zu, daß der Kapitalismus seine Krisen nur durch noch größere Ausbeutung der Arbeiterklasse überwinden kann.

Anstatt die Lohnkürzungen mit Lohnkämpfen (wohlgermerkt: Kämpfe) zu bekämpfen, drosseln sie die Forderungen der Arbeiter; anstatt die Arbeitslosigkeit durch Kämpfe für die Kürzung der Arbeitszeit zu bekämpfen, predigen sie Geduld und die Rückwanderung der ausländischen Arbeiter, die in ihrer Heimat hungern sollen; anstatt gegen die Betriebsschließungen Solidaritätsstreiks auszurufen, geht es ihnen nur darum, wie man diese Schließungen den Arbeitern am besten aufischt. Anstatt eine Kampfeinheit der Arbeiterklasse zu schaffen, um mindestens die Tagesinteressen der Arbeiter vor den Angriffen der Bourgeoisie zu verteidigen, zerbröckeln und sabotieren sie die spontanen Kämpfe und verfolgen - als gute Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats - die Strategie der bedingungslosen Solidarität der Arbeiter mit dem Kapital.

Aber auch wenn sie es wollten, auch, wenn sie sich angeblich eines besseren belehren ließen, könnten sie die Arbeiterklasse nicht zum Kampf führen, nachdem sie sie jahrzehntelang entwaffnet haben, ihren Kampfwillen sabotiert haben, nachdem sie jahrzehntelang dafür gearbeitet haben, die Gewerkschaften zu einem Teil des Staatsapparates und des Ausbeutungssystems zu machen.

Sie könnten es nicht, weil für sie eine Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse mit der eigenen Nation, mit dem Kapitalismus, besteht, und weil sie die Instrumente sind, diese "Gemeinsamkeit" zu erzwingen. Aber die Wirklichkeit des Kapitalismus ist anders; er kennt nur Ausbeutung, und muß ausbeuten, um gegen die Konkurrenz bestehen zu können; er kann nicht anders als Krisen und Kriege erzeugen; und wer der Arbeiterklasse Solidarität und Frieden predigt, ist daher ein Instrument ihrer Unterdrückung und Ausbeutung.

+++

Vor dreißig Jahren ging der II. Weltkrieg zu Ende. Er wurde angeblich geführt, um die Welt von den Nazis und Faschisten zu befreien: seitdem hat man auf Weltebene aber alle Projekte der Nazis, die offene Imperialisten waren, nur weiter verwirklicht: eine Hierarchie der Nationen - die Schaffung von wirtschaftlichen Großräumen - die Rückstufung des dekaten englischen Imperialismus - die totale Unterordnung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen unter die "Interessen der Nation". All das konnte, nachdem die Arbeiterklasse politisch vernichtet war, ohne Naziterror vollzogen werden:

darin liegt der große Verdienst der Demokratie.

Der zweite Weltkrieg wurde von den Totengräbern der Kommunistischen Internationale und der russischen Revolution - den Stalinisten - zusammen mit den "Demokratien" einerseits und von den Nazis andererseits geführt. Für diesen Krieg wurden die Arbeiter der alliierten Länder aufgefordert, sich mit der eigenen Bourgeoisie zu vereinigen. Angeblich, um eine Ordnung zu schaffen, in der Kriege unmöglich wären. Seitdem vorging kein Tag ohne Krieg; die Völker der rückständigen Länder werden seitdem weiterhin zerbombt; alle imperialistischen Nationen rüsten weiter auf und bereiten durch ihre notwendige Konkurrenz um Märkte und Rohstoffe den neuen Weltkrieg vor. Dies ist die Ordnung des Kapitalismus: Imperialismus und Krieg.

Genau wie sie die Arbeiterklasse unter dem Vorwand einer "notwendigen" Solidarität mit der Demokratie in den zweiten imperialistischen Krieg führten, predigen Stalinisten und Sozialdemokraten, daß mit dem Sieg dieser Demokratie eine Periode des friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus eröffnet war. Heute, dreißig Jahre danach, kann die Arbeiterklasse nur auf verheerende Niederlagen, wie in Chile, zurückblicken und den friedlichen Weg in Form von Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen kosten; während die "sozialistischen" Staaten des Ostens, ihrer kapitalistischen Klassennatur entsprechend, diese Situation ausnutzen, um westlichen Investitionen ihre preiswerte Arbeitskraft anzubieten.

Politisch und sogar wirtschaftlich brachte die Solidarität mit dem Kapitalismus, die stalinistische und sozialdemokratische Politik der Kapitulation auf allen Fronten nur Niederlagen, wachsende Unsicherheit und schließlich Elend.

Nur im Kampf gegen den Kapitalismus wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, ihre unmittelbaren Lebensinteressen zu verteidigen. Nur wenn sie ihre Lebensinteressen verteidigt, wird sie jene Kampfeinheit und Solidarität schaffen, die unerlässlich ist, damit sie den Teufelskreis von Akkumulationsperioden, Krisen und Kriegen sprengt, damit sie nicht nur die Auswirkungen des Kapitalismus, sondern den Kapitalismus selbst durch ihre eigene Diktatur unterdrückt und die Lohnklaverei und die Klassengesellschaft vernichtet.

Von allen Seiten verlangt man von der Arbeiterklasse, daß sie sich für die "Wirtschaft" opfere.

Wir Kommunisten können nur wünschen und dafür arbeiten, daß die Arbeiterklasse sich im Kampf für die eigenen Interessen opfert, um sich, und nicht den Klassenfeind, zu stärken, um sich zu organisieren und unter den eigenen Grundsätzen zu kämpfen:

- keine Solidarität mit der Bourgeoisie!
- Kampfeinheit der Arbeiterklasse gegen die gemeinsame Front von Opportunismus und Bourgeoisie!
- proletarischer Internationalismus!
- kommunistische Klassenpartei!

Lenin über die organisatorischen Aufgaben

Der "Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben" (1902) hat in der Vorbereitungsphase des II. Kongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bzw. für die Herauskristallisierung des revolutionären Flügels, der sich nach dem Kongreß als bolschewistische Fraktion organisieren sollte, eine wichtige Rolle gespielt. Wir bringen ihn hier als Ergänzung zu unserem Artikel "Kommunistische Organisation und kommunistische Disziplin" (Auszüge, Nr. 3, September 1974), nicht nur, weil keine bessere Definition für das, was unsere Strömung "organischen Zentralismus" nennt, zu finden wäre, sondern auch, weil dieser "Aufbauplan" für eine organisch und zentralistisch funktionierende Partei, diese detaillierte Klärung der Beziehungen zwischen Zentrum und Basismitgliedern, zwischen Parteaufgaben und Organisation, nach wie vor einen unerläßlichen Maßstab für die entsprechende Tätigkeit der Kommunisten liefert. Organisationsauffassungen und die Organisation selbst sind Ergebnis einer allgemeinen Zielsetzung, einer allgemeinen Theorie über die gesellschaftliche Entwicklung und die Funktion einer bewußt handelnden Körperschaft im Rahmen dieses Prozesses, und können deshalb nicht umhin, diese theoretische und programmatische Grundlage zu widerspiegeln. Es ist daher leicht verständlich, warum es eine so enorme Distanz, einen so krassen Unterschied, zwischen den Auffassungen und der Praxis der Bolschewiki einerseits und der Anarchie, Parlamentsnachäffung und dem Organisationsfetischismus der verschiedenen "Parteiaufbauer" (trotz reichlicher Zitat Anwendung) andererseits gibt:

BRIEF AN EINEN GENOSSEN ÜBER UNSERE ORGANISATORISCHEN
AUFGABEN

(Lenin, Werke Bd. 6, Berlin 1973)

Lieber Genosse! Mit Vergnügen erfülle ich Ihre Bitte, an Ihrem Entwurf zur "Organisation der St.-Petersburger revolutionären Partei" Kritik zu üben. (Sie hatten vermutlich die Organisation der Petersburger Arbeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Auge.) Die von Ihnen aufgeworfene Frage ist so wichtig, daß sich an ihrer Erörterung alle Mitglieder des St.-Petersburger Komitees, ja überhaupt alle russischen Sozialdemokraten beteiligen müssen.

Vor allem möchte ich feststellen, daß ich vollkommen mit Ihrer Erklärung einverstanden bin, warum die frühere ("bündlerische", wie Sie sie nennen) Organisation des "Kampfbundes" nichts taugt. Sie weisen auf das Fehlen einer ernstlichen Schulung und revolutionären Erziehung bei den fortgeschrittenen Arbeitern hin, auf das sogenannte Wahlsystem, das die Leute vom "Rabotschoje Dolo" unter Berufung auf die "demokratischen" Grundsätze so stolz und hartnäckig verteidigen, und auf

die Entfremdung der Arbeiter von aktiver Tätigkeit.

Ja, so ist es: 1. das Fehlen einer ernstesten Schulung und revolutionären Erziehung (nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Intellektuellen), 2. eine unangebrachte und übertriebene Anwendung des Wahlprinzips und 3. die Entfremdung der Arbeiter von aktiver r e v o l u t i o n ä r e r Tätigkeit - darin besteht tatsächlich der Hauptmangel nicht nur der St.-Petersburger, sondern auch vieler anderer örtlicher Organisationen unserer Partei.

Ich teile vollständig Ihre Grundauffassung von den organisatorischen Aufgaben und schließe mich auch Ihrem Organisationsentwurf an, soweit mir seine Hauptzüge aus Ihrem Brief klar geworden sind.

Und zwar bin ich vollkommen Ihrer Ansicht, daß die Aufgaben der gesamtrussischen Arbeit und der Gesamtpartei überhaupt besonders betont werden müssen; bei Ihnen kommt das darin zum Ausdruck, daß der erste Punkt Ihres Entwurfs lautet: "Das leitende Zentrum der P a r t e i "(und nicht nur eines Komitees oder Bezirks) "ist die Zeitung 'Iskra', die unter den Arbeitern ständige Berichterstatte hat und mit der inneren Arbeit der Organisation eng verbunden ist." Ich möchte nur bemerken, daß die Zeitung der i d e o l o g i s c h e Führer der Partei sein kann und muß, daß sie die theoretischen Wahrheiten, die taktischen Leitsätze, die allgemeinen organisatorischen Ideen, die allgemeinen Aufgaben der Gesamtpartei in diesem oder jenem Augenblick zu entwickeln hat. Die unmittelbare p r a k t i s c h e Führung der Bewegung aber kann nur in den Händen einer besonderen zentralen Gruppe liegen (nennen wir sie kurzerhand Zentralkomitee), die mit allen Komitees p e r s ö n l i c h in Verbindung steht, alle besten revolutionären Kräfte aller russischen Sozialdemokraten in sich vereinigt und alle gesamtparteilichen Angelegenheiten leitet, so die Verteilung von Literatur, die Herausgabe von Flugblättern, die Verteilung der Kräfte, die Betrauung von Personen und Gruppen mit der Leitung besonderer Unternehmungen, die Vorbereitung gesamtrussischer Demonstrationen und des Aufstands usw. Angesichts der Notwendigkeit, strengste K o n s p i r a t i o n zu üben und die Kontinuität der Bewegung zu wahren, kann und muß unsere Partei z w e i führende Zentren haben: das ZO (Zentralorgan) und das ZK (Zentralkomitee). Das erste soll die ideologische, das zweite die unmittelbare und praktische Führung in Händen haben. Die Einheit der Aktion und die notwendige Verbundenheit dieser Gruppen sollen nicht nur durch das einheitliche Parteiprogramm gesichert sein, sondern auch d u r c h d i e Z u s a m m e n s e t z u n g b e i d e r G r u p p e n (es ist erforderlich, daß beiden Gruppen, dem ZO sowohl wie dem ZK, Leute angehören, unter denen volle Einmütigkeit herrscht) und durch die Veranstaltung regelmäßiger und ständiger Besprechungen zwischen ihnen. Nur dann wird einerseits das ZO dem Zugriff der russischen Gendarmen entzogen und seine Festigkeit und Stetigkeit gewährleistet sein - und andererseits wird das ZK stets in allen wesentlichen Fragen mit dem ZO übereinstimmen und genug Freiheit haben, um die gesamte praktische Seite der Bewegung unmittelbar z u l e i t e n.

Es wäre daher wünschenswert, daß der erste Punkt des Statuts nicht nur (wie Ihr Entwurf) darauf hinweist, welches Parteiorgan als führend anerkannt wird (das ist natürlich ein notwendiger Hinweis), sondern auch darauf, daß die jeweilige örtliche Organisation es sich zur Aufgabe macht, an der *S c h a f f u n g*; Unterstützung und Festigung der zentralen Körperschaften, ohne die unsere Partei als Partei nicht bestehen kann, aktiv mitzuarbeiten.

Weiter sagen Sie im zweiten Punkt vom Komitee, es solle "die örtliche Organisation leiten" (vielleicht wäre es besser, zu sagen: "die gesamte örtliche Arbeit und alle örtlichen Organisationen der Partei", aber ich will mich bei Einzelheiten der Formulierung nicht aufhalten), und es müsse sowohl aus Arbeitern wie aus Intellektuellen bestehen, denn deren Trennung in zwei Komitees sei schädlich. Das ist durchaus und unbedingt richtig. Es darf nur *e i n* Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geben, und ihm müssen politisch vollauf bewußte Sozialdemokraten angehören, die sich ganz der sozialdemokratischen Tätigkeit widmen. Man soll sich besonders darum bemühen, daß möglichst viele Arbeiter zu politisch vollauf bewußten Berufsrevolutionären werden und ins Komitee kommen. Besteht ein *e i n* *a b* *e i t l i c h e s* und nicht zweispältiges Komitee, so gewinnt die Forderung, daß die Komiteemitglieder viele Arbeiter *p e r s ö n l i c h* kennen, besondere Bedeutung. Um alles leiten zu können, was in der Arbeiterschaft vor sich geht, muß man die Möglichkeit haben, überall hinzugelangen, muß man sehr viele Leute kennen, muß man alle Wege und Schliche kennen usw. usf. Dem Komitee müssen daher nach Möglichkeit alle bedeutenden *F ü h r e r* der Arbeiterbewegung aus der Mitte der Arbeiterschaft selbst angehören, das Komitee muß *a l l e* Bereiche der örtlichen Bewegung leiten und *a l l e* örtlichen Einrichtungen, Kräfte und Mittel der Partei verwalten. Sie sagen nichts darüber, wie das Komitee gebildet werden soll - sicher werden wir auch hier miteinander übereinstimmen, daß dafür kaum besondere Regeln erforderlich sind. Wie das Komitee zusammensetzen ist - das ist schon Sache der Sozialdemokraten an Ort und Stelle. Allenfalls könnte man darauf aufmerksam machen, daß das Komitee auf Beschluß der Mehrheit (oder Zweidrittelmehrheit usw.) seiner Mitglieder ergänzt wird, daß es dafür sorgen muß, sein Verbindungsmaterial an einem (in revolutionärer Beziehung) zuverlässigen und (in politischer Beziehung) sicheren Ort aufzubewahren, daß es Sorge zu tragen hat, sobald wir ein ZO und ein ZK haben, dürfen neue Komitees nur unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Zustimmung gegründet werden. Die Zahl der Komiteemitglieder soll möglichst nicht sehr groß sein (damit diese Mitglieder ein hohes Niveau haben und sich besser auf den revolutionären Beruf spezialisieren können), doch muß sie genügen, um *a l l e* Arbeitsbereiche zu erfassen und gründliche Besprechungen sowie feste Beschlüsse zu gewährleisten. Sollte sich erweisen, daß die Komiteemitglieder ziemlich zahlreich sind und es für sie daher gefährlich ist, häufig zusammenzukommen, so sollte man vielleicht aus dem Komitee eine besondere, sehr kleine (sagen wir fünf Personen oder auch weniger) *l e i t e n d e* Gruppe absondern, der unbedingt der Sekretär und die Mitglieder, die sich für die praktische Leitung der gesamten Arbeit am besten eignen, angehören

+Man soll sich bemühen, ins Komitee die Arbeiterrevolutionäre aufzunehmen, die die meisten Verbindungen und den besten "Ruf" in der Arbeitermasse haben.

müßten. Für diese Gruppe wäre es b e s o n d e r s w i c h -
tig, sich für den Fall der Verhaftung Ersatzleute zu sichern,
damit die Arbeit keine Unterbrechung erleidet. Die Vollversamm-
lungen des Komitees würden die Maßnahmen der geschäftsführen-
den Gruppe bestätigen, ihre Zusammensetzung bestimmen usw.

Weiterhin schlagen Sie folgende, dem Komitee n a c h g e o r d -
n e t e, ihm unterstellte Einrichtung vor: 1. Diskussion
(Beratungen der "besten" Revolutionäre), 2. bezirksweise orga-
nisierte Zirkel mit 3. jedem von ihnen angegliederten Propa-
gandistenzirkeln, 4. Betriebszirkel und 5. "Vertreterzusam-
menkünfte" von Delegierten der Betriebszirkel des betreffen-
den Bezirks. Ich bin ganz wie Sie der Meinung, daß a l l e
weiteren Einrichtungen (und es muß außer den von Ihnen ge-
nannten noch sehr viele und sehr verschiedenartige geben)
dem Komitee untergeordnet sein müssen und daß es Bezirksgrup-
pen (für sehr große Städte) und Betriebsgruppen (stets und
überall) geben muß. In einigen Einzelheiten aber bin ich,
wie es scheint, mit Ihnen nicht ganz einverstanden. Was
z.B. die "Diskussion" anbelangt, so denke ich, eine solche
Einrichtung ist ü b e r h a u p t ü b e r f l ü s s i g .
Alle "besten Revolutionäre" sollen dem Komitee angehören oder
besondere Funktionen ausüben (Druckerei, Transport, Wander-
agitation, Organisation, z.B. eines Paßbüros oder eines Stoß-
trupps zum Kampf gegen Spitzel und Provokateure oder von
Gruppen im Heer usw.).

"Beratungen" werden sowohl im Komitee als auch in j e d e m
Bezirk stattfinden, in jedem Betriebszirkel, Propagandisten-
zirkel, Gewerkschaftszirkel (der Weber, Mechaniker, Leder-
arbeiter u.a.), Studentenzirkel, Literaturzirkel usw. Wozu
also eine besondere Einrichtung für Beratungen?

Weiter. Sie haben vollständig recht, wenn Sie verlangen, daß
"allen, die es wünschen", die Möglichkeit geboten werden soll,
unmittelbar an die "Iskra" zu schreiben. Nur darf man dieses
"unmittelbar" nicht so verstehen, daß man "allen, die es
wünschen", die Adresse der Redaktion mitteilt und Zutritt zu
ihr gibt, sondern es ist so aufzufassen, daß der Redaktion
die Briefe von a l l e n , d i e e s w ü n s c h e n , zu
übergeben (oder zu übersenden) sind. Die Adressen müssen zwar
e i n e m z i e m l i c h b r e i t e n K r e i s z u -
gänglich gemacht werden, aber immerhin nicht allen, die es
wünschen, sondern nur zuverlässigen Revolutionären, die sich
durch konspirative Geschicklichkeit auszeichnen - immerhin
vielleicht nicht nur eine Adresse pro Bezirk, wie Sie vor-
schlagen, sondern mehrere; ferner ist es notwendig, daß alle,
die an der Arbeit teilnehmen, daß ausnahmslos sämtliche Zir-
kel das R e c h t h a b e n, ihre Beschlüsse, Wünsche,
Anfragen s o w o h l d e m K o m i t e e als auch dem
ZO und dem ZK zur Kenntnis zu bringen. Wenn wir das gewährlei-
sten, so werden wir e r s c h ö p f e n d e B e r a t u n -
g e n a l l e r P a r t e i a r b e i t e r erreichen,
ohne so schwerfällige und unkonspirative Einrichtungen zu
schaffen, wie es die "Diskussion" wäre. Natürlich muß man
außerordentlich vorsichtig sein, wenn man zu diesen Ver-
sammlungen "die besten Revolutionäre" heranzieht, denn für

Provokateure und Spitzel ist es stets leichter, sich in allgemeine Versammlungen einzuschleichen und einem Versammlungsteilnehmer nachzuspionieren. Ich denke, es wäre vielleicht am besten, so vorzugehen: Wenn es möglich ist, große (sagen wir von 30 bis 100 Personen) allgemeine Versammlungen zu veranstalten (z.B. im Sommer im Wald oder in einer eigens hierfür bereitgestellten konspirativen Wohnung), dann soll das Komitee einen oder zwei der "besten Revolutionäre" dorthin entsenden und für eine gute Zusammensetzung der Versammlung Sorge tragen, d.h. beispielsweise dafür, daß eine möglichst große Zahl zuverlässiger Mitglieder von Betriebszirkeln usw. eingeladen wird. Man darf aber diese Versammlungen nicht zu einer festen Einrichtung machen, sie nicht im Statut verankern, man darf sie nicht regelmäßig veranstalten und nicht so, daß alle Versammlungsteilnehmer alle Anwesenden kennen, d.h. wissen, daß alle "Vertreter" von Zirkeln sind usw.; aus diesem Grunde bin ich nicht nur gegen "Diskussionen", sondern auch gegen "Vertreterzusammenkünfte". Anstatt dieser beiden Einrichtungen würde ich vorschlagen, beispielsweise folgende Regeln aufzustellen. Das Komitee trägt Sorge für die Veranstaltung großer Versammlungen, an denen möglichst viele praktisch in der Bewegung Tätige und überhaupt alle Arbeiter teilnehmen. Zeit, Ort, Anlaß und Zusammensetzung der Versammlung werden von dem Komitee bestimmt, das für die konspirative Organisation solcher Unternehmungen verantwortlich ist. Selbstverständlich sollen dadurch von Arbeitern veranstalteten Zusammenkünften bei Ausflügen, im Wald usw., die noch weniger den Charakter ständiger Einrichtungen tragen, keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Vielleicht wäre es noch besser, hiervon im Statut gar nicht zu reden.

Was weiter die Bezirksgruppen anbelangt, so stimme ich Ihnen diesbezüglich durchaus zu, daß es zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört, die Verteilung der Literatur richtig zu organisieren. Ich denke, die Bezirksgruppen müssen hauptsächlich die Vermittler sein zwischen den Komitees und den Betrieben, Vermittler und sogar in erster Linie Übermittler. Die konspirative Organisation eines richtigen Vertriebs der Literatur, die sie vom Komitee erhalten, hat ihre Hauptaufgabe zu sein. Und diese Aufgabe ist im höchsten Grade wichtig, denn wenn man die regelmäßige Verbindung einer besonderen Bezirksgruppe von Austrägern mit allen Betrieben des Bezirks, mit möglichst vielen Arbeiterwohnungen des Bezirks sichert, so wird das von ungeheurer Bedeutung sowohl für Demonstrationen als auch für den Aufstand sein. Eine rasche und richtige Übermittlung von Druckschriften, Flugblättern, Aufrufen usw. so einrichten, daß sie reibungslos erfolgt und hierfür ein ganzes Netz von Agenten schulen - das heißt den größten Teil der Vorbereitungsarbeiten für künftige Demonstrationen oder für den Aufstand leisten. Im Augenblick der Erregung, des Streiks, der Gärung ist es bereits zu spät, den Literaturvertrieb in Gang zu bringen - das kann man nur allmählich lernen, indem man es unbedingt jeden Monat zwei- bis dreimal übt. Gibt es keine Zeitung, so kann und muß man es mit Flugblättern üben, keineswegs aber darf man zulassen, daß dieser Vertriebsapparat untätig ist. Man muß danach trachten, diesen Apparat bis zu einem solchen Grad der Vollkommenheit auszubauen, daß man in einer

Nacht die gesamte Arbeiterbevölkerung St. Petersburgs informieren und sozusagen mobilisieren kann. Das ist durchaus keine utopische Aufgabe, wenn man die Flugblätter systematisch von der Zentralstelle an die engeren Vermittlungszirkel und über sie an die Austräger weiterleitet. Meines Erachtens sollte man die Funktionen der Bezirksgruppe über ihre Rolle als reine Vermittlungs- und Übermittlungsstelle hinaus nicht erweitern, oder richtiger, man sollte es nur mit größter Vorsicht tun - es könnte sonst die Konspiration und die Einheitlichkeit der Arbeit gefährden. Beratungen über alle Parteifragen werden natürlich auch in den Bezirkszirkeln stattfinden, E n t s c h e i d u n g e n über allgemeine Fragen der örtlichen Bewegung darf aber nur das Komitee treffen. Selbständigkeit sollte der Bezirksgruppe nur in technischen Fragen der Weiterleitung und des Vertriebs zugesprochen werden. Die Zusammensetzung der Bezirksgruppe muß vom Komitee bestimmt werden, d.h., das Komitee e r n e n n t ein oder zwei seiner Mitglieder (oder auch Nichtmitglieder) zu Delegierten für den einen oder andern Bezirk und beauftragt diese Delegierten, eine B e z i r k s g r u p p e z u b i l d e n, deren sämtliche Mitglieder wiederum vom Komitee sozusagen im Amte bestätigt werden. Die Bezirksgruppe ist eine Zweigstelle des Komitees, die nur von diesem ihre Vollmachten erhält.

Ich gehe zur Frage der Propagandistenzirkel über. Bei der Armut an propagandistischen Kräften dürfte es wohl kaum möglich und auch kaum wünschenswert sein, sie getrennt in jedem Bezirk einzurichten. Die Propaganda muß vom gesamten Komitee in einheitlichem Giste durchgeführt werden, sie muß straff zentralisiert sein, darum stelle ich mir die Sache so vor: Das Komitee beauftragt einige seiner Mitglieder, eine Propagandistenzirkelgruppe zu bilden (die eine Zweigstelle oder E i n r i c h t u n g d e s K o m i t e e s sein wird). Diese Gruppe, die in konspirativer Beziehung die D i e n s t e der Bezirksgruppen in Anspruch nimmt, soll in der g a n z e n S t a d t, in dem ganzen Gebiet, das dem Komitee "unterstellt" ist, Propaganda treiben. Sollte es notwendig sein, so kann diese Gruppe noch Untergruppen bilden, also gewissermaßen diesen oder jenen Teil ihrer Funktionen abtreten, das alles aber nur mit Zustimmung des Komitees; das Komitee muß stets und unbedingt das Recht haben, seinen Delegierten in jede Gruppe oder Untergruppe und in jeden Zirkel zu entsenden, der mit der Bewegung irgendwie in Berührung kommt.

In der gleichen Form der Beauftragung, in der Form von Zweigstellen oder Einrichtungen des Komitees, müssen alle die mannigfaltigen Gruppen organisiert sein, die im Dienste der Bewegung stehen - die Gruppen der Studenten- und der Gymnasialjugend oder die, sagen wir, Gruppen unterstützender Beamten, die Transport-, Druckerei- und Paßgruppen, die Gruppen zur Beschaffung von konspirativen Wohnungen, die Gruppen zur Beobachtung von Spitzeln, die Gruppen von Militärpersonen, die Gruppen zur Beschaffung von Waffen, die Gruppen zur Organisation z.B. eines "gewinnbringenden finanziellen Unternehmens" usw. Die ganze Kunst der konspira-

tiven Organisation muß darin bestehen, a l l e u n d a l l e s auszunutzen, "allen und jedem Arbeit zu geben", gleichzeitig aber die F ü h r u n g der gesamten Bewegung in der Hand zu behalten, und zwar selbstverständlich nicht kraft der Machtbefugnisse, sondern kraft des Ansehens, kraft der Energie, der größeren Erfahrung, der größeren Vielseitigkeit, der größeren Begabung. Diese Bemerkung bezieht sich auf den möglichen und üblichen Einwand, daß eine straffe Zentralisation die Sache allzu leicht zugrunde richten kann, wenn der Zentralstelle z u f ä l l i g ein mit sehr großen Machtbefugnissen ausgestatteter u n f ä h i g e r Mensch angehört. Das ist natürlich möglich, aber das Mittel dagegen ist keinesfalls Wählbarkeit und Dezentralisation, die in der revolutionären Arbeit unter der Selbstherrschaft in nennenswertem Umfange völlig unzulässig, ja geradezu schädlich sind. Das Mittel dagegen gibt kein Statut, es kann nur gegeben werden durch "kameradschaftliche Einwirkung", angefangen mit Resolutionen aller der vielen Untergruppen, fortgesetzt mit deren Anträgen an das ZO und das ZK und (im schlimmsten Falle) bis zum S t u r z des völlig unfähigen Machtorgans. Das Komitee muß danach trachten, eine möglichst weitgehende Arbeitsteilung durchzuführen, eingedenk dessen, daß für verschiedene Seiten der revolutionären Arbeit verschiedene Fähigkeiten erforderlich sind, daß manchmal ein Mensch, der als Organisator völlig unbrauchbar ist, ein unersetzlicher Agitator sein kann, oder ein Mensch, der sich für die strenge konspirative Disziplin nicht eignet, ein ausgezeichnet Propagandist usw.

Übrigens, was die Propagandisten anbelangt, so möchte ich noch einige Worte gegen die herkömmliche Ü b e r f ü l l u n g dieses Berufs mit wenig befähigten Leuten und das dadurch bedingte Sinken des Niveaus der Propaganda sagen. Bei uns gilt manchmal ganz wahllos jeder Student als Propagandist, und die ganze J u g e n d verlangt, man solle ihr "einen Zirkel geben" usw. Dagegen müßte man kämpfen, denn dadurch wird sehr viel Schaden angerichtet. Wahrhaft prinzipienfeste und fähige Propagandisten gibt es sehr w e n i g e (und um ein solcher Propagandist zu werden, heißt es tüchtig lernen und Erfahrung sammeln), und diese Leute muß man zu Fachleuten machen, voll einsetzen und sorgfältig hüten. Man muß sie jede Woche mehrere Vorlesungen halten lassen und sie rechtzeitig in andere Städte zu schicken wissen, wie man überhaupt dafür sorgen soll, daß geschickte Propagandisten verschiedene Städte bereisen. Die Masse der jungen Leute aber, die eben erst zu arbeiten beginnen, soll man mehr zu praktischen Unternehmungen heranziehen, die bei uns - im Vergleich zu der optimistisch als "Propaganda" bezeichneten Studentengeschäftigkeit in den Zirkeln - oft vernachlässigt werden. Für ernste praktische Unternehmungen ist natürlich ebenfalls eine gründliche Schulung erforderlich, doch findet sich hier leichter auch für "Anfänger" ein Betätigungsfeld.

Jetzt zu den Betriebszirkeln. Sie sind für uns besonders wichtig, liegt doch die ganze Hauptkraft der Bewegung darin, daß die Arbeiter der g r o ß e n Betriebe organisiert sind, denn die großen Betriebe (und Fabriken) umfassen nicht nur zahlenmäßig, sondern noch viel mehr dem

Einfluß, der Entwicklung, der Kampffähigkeit nach den ausschlaggebenden Teil der gesamten Arbeiterklasse. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein. Und deshalb muß jede "Betriebs"-organisation der Arbeiter nach innen ebenso konspirativ und nach außen ebenso "verzweigt" sein, d.h. in ihren äußeren Beziehungen ihre Fühler ebenso weit und nach den verschiedensten Richtungen ausstrecken wie jede revolutionäre Organisation. Ich betone, daß auch hier unbedingt eine Gruppe von revolutionären Arbeitern der Kern und der Führer, der "Herr im Haus" sein muß. Mit der Tradition des reinen Arbeiter- oder Gewerkschaftstypus der sozialdemokratischen Organisationen müssen wir a u c h in den "Betriebs"zirkeln vollständig brechen. Die Betriebsgruppe oder das Betriebs-(Fabrik-)Komitee (um es von den anderen Gruppen, deren es sehr viele geben muß, zu unterscheiden) soll aus einer sehr kleinen Anzahl von R e v o l u t i o n ä r e n bestehen, die ihre Aufträge und Vollmachten zur Entfaltung der gesamten sozialdemokratischen Arbeit im Betrieb u n n i t t e l b a r v o m K o m i t e e erhalten. Alle Mitglieder des Betriebskomitees müssen sich als Agenten des Komitees betrachten; sie sind verpflichtet, sich allen seinen Anordnungen zu fügen, sie sind verpflichtet, alle "Gesetze und Bräuche" der "kämpfenden Armee" zu beachten, in die sie eingetreten sind und die sie zur Kriegszeit ohne Erlaubnis der vorgesetzten Stelle zu verlassen kein Recht haben. Die Zusammensetzung des Betriebskomitees ist daher von außerordentlich großer Bedeutung, und es muß eine der Hauptaufgaben des Komitees sein, diese Unterkomitees richtig zu organisieren. Ich stelle mir die Sache so vor: das Komitee beauftragt diese oder jene seiner Mitglieder (plus, nehmen wir an, diese oder jene Arbeiter, die aus irgendwelchen Gründen dem Komitee nicht angehören, aber dank ihrer Erfahrung, ihrer Menschenkenntnis, ihrer Klugheit und ihren Verbindungen nützlich sein können), überall Unterkomitees in den Betrieben zu gründen. Die Kommission berät sich mit den Bezirksbevollmächtigten, bestimmt eine Reihe von Zusammenkünften, prüft die Kandidaten für die Betriebsunterkomitees auf Herz und Nieren, unterzieht sie einem "hochnotpeinlichen" Kreuzverhör, stellt sie, falls nötig, auf die Probe, bemüht sich hierbei, m ö g l i c h s t v i e l e Kandidaten für das Unterkomitee des betreffenden Betriebs selbst unmittelbar kennenzulernen und zu prüfen, und schlägt schließlich dem Komitee vor, eine bestimmte Zusammensetzung jedes Betriebszirkels zu bestätigen oder einen bestimmten Arbeiter zu bevollmächtigen, das ganze Unterkomitee zusammenzustellen, die Mitglieder auszuwählen und vorzuschlagen. Auf diese Weise wird das Komitee selbst bestimmen, wer von diesen Agenten die Verbindung mit ihm aufrechterhält u n d w i e er es tut (in der Regel durch die Bezirksbevollmächtigten; doch kann diese Regel auch ergänzt oder abgeändert werden). Angesichts der Wichtigkeit dieser Betriebsunterkomitees müssen wir soweit wie möglich danach streben, daß j e d e s Unterkomitee sowohl eine Adresse hat, durch die es sich an das ZO wenden kann, als auch eine sichere A u f b e w a h r u n g s s t e l l e für sein Verbindungsmaterial (d.h., daß Informationen, die zur sofortigen Wiederherstellung des Unterkomitees im Falle von Verhaftungen erforderlich sind, möglichst regelmäßig und ausführlich der zentralen Parteileitung zur Aufbewahrung an einer Stelle übermittelt werden,

wo die russischen Gendarmen nicht eindringen können). Selbstverständlich muß diese Adressenübermittlung vom Komitee auf Grund eigener Erwägungen und Unterlagen vorgenommen werden, nicht aber auf Grund eines nicht bestehenden Rechts auf "demokratische" Verteilung dieser Adressen. Schließlich ist vielleicht der Hinweis nicht überflüssig, daß es manchmal notwendig oder zweckmäßiger sein wird, nicht ein Betriebsunterkomitee aus mehreren Mitgliedern zu bilden, sondern sich auf die Ernennung eines Agenten des Komitees (und eines Ersatzmannes) zu beschränken. Sobald ein Betriebsunterkomitee gebildet ist, muß es zur Gründung einer ganzen Reihe von Betriebsgruppen und -zirkeln mit verschiedenen Aufgaben, unterschiedlich strenger Konspiration und mehr oder weniger festgefügtter Form schreiten; beispielsweise Zirkel zum Austragen und zur Verbreitung von Literatur (eine der wichtigsten Funktionen, die so geregelt werden muß, daß wir unsere eigene richtiggehende Post haben, daß nicht nur die Methoden der Verbreitung, sondern auch das Austragen in die Wohnungen erprobt und geprüft ist, daß man unbedingt alle Wohnungen und die Wege zu ihnen kennt), Zirkel zum Lesen illegaler Literatur, Zirkel zur Beobachtung von Spitzeln, Zirkel eigens zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung und des wirtschaftlichen Kampfes, Zirkel von Agitationen und Propagandisten, die es verstehen, Gespräche anzuknüpfen und sie lange vollziehlich zu führen (über Maschinen, über die Inspektion usw.), damit sie ungefährdet und öffentlich sprechen, die Leute aushorchen und den Boden sondieren können usw. Das Betriebsunterkomitee muß danach streben, den ganzen Betrieb, einen möglichst großen Teil der Arbeiter durch ein Netz von allen möglichen Zirkeln (oder Agenten) zu erfassen. Die Vielzahl dieser Zirkel, die Möglichkeit, einen Wanderpropagandisten in sie einzuführen, vor allem aber die richtige und regelmäßige Arbeit zur Verbreitung von Druckschriften und zur Beschaffung von Informationen und Korrespondenzen hat der Maßstab zu sein für die erfolgreiche Tätigkeit des Unterkomitees.

⁺Wir müssen den Arbeitern einschärfen, daß die Tötung von Spitzeln, Provokateuren und Verrätern zwar manchmal eine unbedingte Notwendigkeit sein kann, daß es jedoch äußerst unerwünscht und falsch wäre, daraus ein System zu machen; wir müssen bemüht sein, eine Organisation zu schaffen, die fähig ist, Spitzel dadurch unschädlich zu machen, daß man sie entlarvt und verfolgt. Ausrotten kann man die Spitzel nicht, wohl aber kann und muß man eine Organisation schaffen, welche die Spitzel auskundschaftet und die Arbeitermasse erzieht.

⁺⁺Erforderlich sind auch Kampfzirkel, die bei Demonstrationen, bei Befreiungsaktionen aus Gefängnissen usw. Arbeiter verwenden, die beim Militär gedient haben oder besonders kräftig und gewandt sind.

Der allgemeine Typus der Organisation muß also meines Erachtens folgender Art sein: An der Spitze der gesamten örtlichen Bewegung, der gesamten örtlichen sozialdemokratischen Arbeit steht das Komitee. Von ihm gehen folgende, ihm untergeordnete Einrichtungen und Zweigstellen aus: erstens ein Netz ausführender Agenten, das (nach Möglichkeit) die ganze Arbeitermasse erfaßt und in Form von Bezirksgruppen und Betriebs-(Fabrik-) Unterkomitees organisiert ist. Dieses Agentennetz wird in friedlichen Zeiten Broschüren, Flugblätter, Aufrufe und konspirative Mitteilungen des Komitees verbreiten, in Zeiten des Kampfes Demonstrationen und ähnliche kollektive Aktionen veranstalten. Zweitens gehen von den Komitees alle möglichen Zirkel und Gruppen aus, die im Dienste der Gesamtbewegung stehen (Propaganda, Transport, allerhand konspirative Unternehmungen usw.). Alle Gruppen, Zirkel, Unterkomitees usw. haben als Einrichtung oder Zweigstellen des Komitees zu gelten. Manche von ihnen werden offen den Wunsch aussprechen, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beizutreten, und werden ihr, die Bestätigung des Komitees vorausgesetzt, auch beitreten, sie werden (im Auftrage des Komitees oder im Einverständnis mit ihm) bestimmte Funktionen übernehmen und sich verpflichten, die Anordnungen der Parteiorgane zu befolgen, sie werden alle Rechte von Parteimitgliedern erhalten, als nächste Kandidaten für das Komitee betrachtet werden usw. Andere werden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands nicht beitreten, ihre Stellung wird weiter die von Zirkeln sein, die von Parteimitgliedern eingerichtet werden oder sich an die eine oder andere Parteigruppe anlehnen usw.

In allen inneren Angelegenheiten sind die Mitglieder aller dieser Zirkel selbstverständlich ebenso gleichberechtigt, wie es die Komiteemitglieder untereinander sind. Die einzige Ausnahme hiervon wird sein, daß das Recht der persönlichen Verbindung mit dem örtlichen Komitee (wie auch mit dem ZK und dem ZO) nur derjenige (oder diejenigen) haben wird, der von diesem Komitee hierfür bestimmt ist. In jeder anderen Beziehung wird ein solcher Verbindungsmann mit den übrigen gleichberechtigt sein, die dasselbe Recht haben, sich (allerdings nicht persönlich) sowohl an das örtliche Komitee wie an das ZK und an das ZO zu wenden. Die erwähnte Ausnahme wird also im Grunde gar keine Verletzung der Gleichberechtigung sein, sondern nur ein notwendiges Zugeständnis an die unbedingten Erfordernisse der Konspiration. Ein Komiteemitglied, das eine Mitteilung "seiner" Gruppe an das Komitee, das ZK oder das ZO nicht weiterleitet, wird sich geradezu einer Verletzung der Parteilichkeit schuldig machen. Was ferner den konspirativen Charakter und das organisatorische Gefüge der verschiedenen Zirkel anbelangt, so wird das von der Art ihrer Funktionen abhängen; dementsprechend wird es hier die verschiedenartigsten Organisationen geben (von der "strengsten", engen, in sich abgeschlossenen bis zur "freiesten", breiten, offenen, lose organisierten). Für die Gruppe der Austräger z.B. ist größte Konspiration und militärische Disziplin erforderlich. Für die Gruppe der Propagandisten ist Konspiration ebenfalls erforderlich, militärische Disziplin aber in weit geringerem Maße. Für die Gruppe von Arbeitern, die legale Druckschriften lesen oder Aussprachen über berufliche Nöte und Wünsche veranstalten, ist noch weniger Konspiration erforderlich usw. Die Gruppen der Austrä-

ger müssen der SDAPR angehören und eine gewisse Anzahl von Mitgliedern und Funktionären der Partei kennen. Eine Gruppe, welche die Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufszweigen studiert und entsprechende gewerkschaftliche Forderungen ausarbeitet, muß nicht unbedingt der SDAPR angehören. Eine Gruppe von Studenten, Offizieren oder Angestellten, die sich unter Teilnahme von einem oder zwei Parteimitgliedern mit Selbstbildung befaßt, darf manchmal sogar überhaupt nicht von deren Zugehörigkeit zur Partei wissen usw. In einer Beziehung aber müssen wir unbedingt maximale Organisiertheit der Arbeit in allen diesen Untergruppen verlangen, und zwar: jedes Parteimitglied, das daran teilnimmt, ist für die Durchführung der Arbeit in diesen Gruppen formell verantwortlich und verpflichtet, alle Maßnahmen zu treffen, damit die Zusammensetzung einer jeden solchen Gruppe, das gesamte Getriebe ihrer Arbeit und der ganze Inhalt dieser Arbeit dem ZK und dem ZO möglichst offen vor Augen liegen. Das ist notwendig, damit erstens die Zentralstelle ein vollständiges Bild von der gesamten Bewegung hat, damit sie zweitens aus einem möglichst großen Personenkreis eine Auswahl zur Besetzung verschiedener Parteifunktionen treffen kann, damit drittens (durch Vermittlung der Zentralstelle) alle ähnlichen Gruppen in ganz Rußland an dem Beispiel einer Gruppe lernen können, und schließlich, damit das Eindringen von Lockspitzeln und zweifelhaften Elementen verhindert wird - mit einem Wort, das ist unbedingt und in allen Fällen dringend notwendig.

Wie erreicht man das? Regelmäßige Berichte an das Komitee, Mitteilungen an das ZO über einen möglichst großen Teil des Inhalts einer möglichst großen Zahl dieser Berichte, Veranstaltung von Besuchen aller möglichen Zirkel durch Mitglieder des ZK und des örtlichen Komitees, schließlich obligatorische Hinterlegung der Verbindungen mit diesem Zirkel, d.h. der Namen und Adressen einiger Mitglieder dieses Zirkels, an einem sicheren Ort (und im Parteibüro beim ZO und ZK). Nur dann, wenn Berichte eingereicht und Verbindungen übermittelt werden, darf man anerkennen, daß ein Parteimitglied, das an einem bestimmten Zirkel teilnimmt, seine Pflicht erfüllt hat; nur dann wird die Partei als Ganzes in der Lage sein, von jedem einzelnen Zirkel, der praktische Arbeit leistet, zu lernen; nur dann brauchen uns Verhaftungen nicht zu schrecken, denn wenn Verbindungen mit den verschiedenartigsten Zirkeln vorhanden sind, wird es für einen Delegierten unseres ZK immer leicht sein, sofort Ersatzleute zu finden und die Arbeit wieder in Gang zu bringen. Eine Verhaftung des Komitees wird dann nicht den ganzen Apparat zerstören, sondern nur die Führer herausreißen, für die aber schon Ersatz vorhanden ist. Man soll uns nicht entgegnen, daß die Übermittlung von Berichten und Verbindungen aus Gründen der Konspiration unmöglich sei: man muß nur den Willen haben, dann ist die Möglichkeit, Mitteilungen und Verbindungen zu übergeben (oder zu übersenden), stets vorhanden und wird stets vorhanden sein, solange wir Komitees, ein ZK oder ein ZO haben.

Wir sind jetzt zu einem sehr wichtigen Grundatz der gesamten Parteiorganisation gekommen: Wenn hinsichtlich der ideologi-

schon und der praktischen L e i t u n g der Bewegung und des revolutionären Kampfes des Proletariats eine m ö g - l i c h s t g r o ß e Z e n t r a l i s a t i o n erforderlich ist, so ist hinsichtlich der I n f o r m a t i o n der zentralen Parteistelle (und folglich auch der Gesamtpartei überhaupt) über die Bewegung hinsichtlich der V e r a n t - w o r t l i c h k e i t vor der Partei eine m ö g l i c h s t g r o ß e D e z e n t r a l i s a t i o n erforderlich. Die Bewegung leiten muß eine möglichst kleine Anzahl möglichst gleichartiger Gruppen erfahrener und erprobter Berufsrevolutionäre. An der Bewegung teilnehmen muß eine möglichst große Anzahl möglichst verschiedenartiger und mannigfaltiger Gruppen aus den verschiedensten Schichten des Proletariats (und anderer Volksklassen). Die zentrale Parteistelle muß von jeder einzelnen dieser Gruppen stets nicht nur genaue Angaben über ihre Tätigkeit, sondern auch möglichst v o l l - s t ä n d i g e A n g a b e n über ihre Z u s a m - m e n s e t z u n g in Händen haben. Wir müssen die Leitung der Bewegung zentralisieren. Wir müssen auch (und gerade zu d i e s e m Z w e c k, denn ohne Information ist eine Z e n t r a l i s a t i o n unmöglich) die V e r a n t w o r t l i c h k e i t jedes einzelnen Parteimitglieds, jedes Mitarbeiters, jedes der Partei angehörenden oder sich an sie anlehnenden Zirkels der P a r t e i g e g e n ü b e r möglichst stark d e z e n t r a l i s i e r e n. Diese Dezentralisation ist die notwendige Voraussetzung der revolutionären Zentralisation und d e r e n u n e r l ä ß l i c h e s K o r r e k - t i v. Erst wenn die Zentralisation bis zu Ende durchgeführt ist und wir ein ZO und ein ZK haben, wird die Möglichkeit des Verkehrs jeder kleinsten Gruppe mit ihnen - und nicht nur die Möglichkeit des Verkehrs, sondern auch die durch langjährige Praxis erarbeitete R e g e l m ä ß i g k e i t des Verkehrs mit dem ZO und dem ZK - die Möglichkeit trauriger Folgen einer zufällig mißglückten Zusammensetzung des einen oder anderen örtlichen Komitees ausschalten. Jetzt, wo wir die tatsächliche Einigung der Partei und die Schaffung einer wirklich zentralen Leitung unmittelbar in Angriff nehmen, müssen wir uns besonders fest einprägen, daß d i e s e L e i t u n g m a c h t l o s s e i n w i r d, wenn wir nicht gleichzeitig e i n e m a x i m a l e D e z e n - t r a l i s a t i o n durchführen, sowohl hinsichtlich der Verantwortung ihr gegenüber als auch hinsichtlich ihrer U n t e r r i c h t u n g über alle Räder und Rädchen der Parteimaschine. Eine solche Dezentralisation ist nichts anderes als die Kehrseite jener A r b e i t s t e i l u n g, die, wie allgemein anerkannt, eines der lebenswichtigsten praktischen Erfordernisse unserer Bewegung ist. Die offizielle Anerkennung einer bestimmten Organisation als der führenden, die Gründung formaler ZKs werden unsere Bewegung noch lange nicht wirklich einheitlich machen, werden noch keine festgefügte Kampfpartei schaffen, wenn die zentrale Parteistelle nach wie vor von der unmittelbaren praktischen Arbeit v o r d r ä n g t sein wird durch örtliche Komitees vom alten Schlag, d.h. durch Komitees, denen einerseits ein ganzer Haufen von Leuten angehört, die sich mit allen möglichen Angelegenheiten befassen, ohne sich einzelnen Funktionen der revolutionären Arbeit zu widmen, ohne für besondere Aktionen verantwortlich zu sein und ohne die einmal begonnene, gut durchdachte und

gut vorbereitete Sache zu Ende zu führen, die eine Unmenge von Zeit und Kraft in scheinradikaler Geschäftigkeit vergeuden, während es andererseits eine ganze Menge Studenten- und Arbeiterzirkeln gibt, von denen die eine Hälfte dem Komitee überhaupt nicht bekannt ist und die andere Hälfte ebenso schwerfällig ist wie das Komitee, ebensowenig spezialisiert ist, keine berufliche Erfahrung erarbeitet, die Erfahrung der anderen Gruppen nicht ausnutzt und genauso wie das Komitee mit endlosen Beratungen "über alles", mit Wahlen und mit der Abfassung von Statuten beschäftigt ist. Damit die Zentralstelle gut arbeiten kann, müssen die örtlichen Komitees sich umgestalten, müssen sie zu spezialisierten und "sachlicher" arbeitenden Organisationen werden, die es in der einen oder anderen praktischen Funktion zu wirklicher "Vollendung" bringen. Damit die Zentralstelle nicht nur (wie es bisher der Fall war) beraten, überreden, diskutieren, sondern das Orchester wirklich dirigieren kann, ist es erforderlich, daß man genau weiß, wer wo welche Geige spielt, wo und wie er welches Instrument spielen gelernt hat oder lernt, wer wo und warum falsch spielt (wenn die Musik in den Ohren kratzt) und wen man, wie und wohin, zur Beseitigung des Mißklangs versetzen muß usw. Heute - das muß offen gesagt werden - wissen wir entweder gar nichts über die wirkliche innere Arbeit eines Komitees, abgesehen von seinen Flugblättern und allgemein gehaltenen Briefen, oder wir wissen es von Freunden und guten Bekannten. Es wäre aber doch lächerlich zu glauben, daß sich eine große Partei, die fähig ist, die russische Arbeiterbewegung zu führen, und die den allgemeinen Ansturm auf die Selbstherrschaft vorbereitet, hierauf beschränken könnte. Die Verringerung der Zahl der Komiteemitglieder, die Betrauung möglichst eines jeden von ihnen mit einer bestimmten besonderen Funktion, für die er verantwortlich ist und Rechenschaft ablegen muß, die Gründung einer besonderen, zahlenmäßig sehr kleinen leitenden Zentralstelle, die Schaffung eines Netzes ausführender Agenten, die das Komitee mit jedem Großbetrieb, jeder Fabrik verbinden, für die regelmäßige Verbreitung der Literatur sorgen und der Zentralstelle ein genaues Bild dieser Verbreitung und aller Zusammenhänge der Arbeit geben, schließlich die Gründung zahlreicher Gruppen und Zirkel, die verschiedene Funktionen übernehmen oder Leute zusammenfassen, die der Sozialdemokratie nahestehen, ihr helfen und sich zu Sozialdemokraten entwickeln, wobei die Tätigkeit (und Zusammensetzung) dieser Zirkel dem Komitee und der Zentralstelle stets bekannt sein muß - darin hat die Umgestaltung des St.-Petersburger und aller übrigen Parteikomitees zu bestehen, und deshalb ist die Frage des Status von so geringer Bedeutung.

Ich habe mit der Analyse des Statutenentwurfs begonnen, um anschaulicher zu zeigen, worauf meine Vorschläge abzielen. Und es wird dem Leser nun, hoffe ich, klargeworden sein, daß man im Grunde wohl auch ohne Statut auskommen kann, wenn man es durch regelmäßige Berichterstattung über jeden Zirkel, über jeden Arbeitsbereich ersetzt. Was kann man im Statut schreiben? Das Komitee leitet alle (das ist auch ohnehin klar). Das Komitee wählt eine leitende Gruppe (das ist nicht immer notwendig, wenn es aber notwendig ist, so kommt es nicht auf das Statut an, sondern auf die Unterrichtung der Zentralstelle über die Zusammen-

setzung dieser Gruppe und die Ersatzleute). Das Komitee verteilt die einzelnen Arbeitsgebiete unter seine Mitglieder und beauftragt jedes, dem Komitee regelmäßig Bericht zu erstatten und das ZO und das ZK über den Gang der Arbeit zu unterrichten (auch hier ist es wichtiger, die Zentralstelle über die vorgenommene Verteilung zu unterrichten, als im Statut eine Regel festzulegen, die bei unserem Kräftemangel häufig nicht zur Anwendung kommen wird). Das Komitee muß genau bestimmen, wer ihm als Mitglied angehört. Das Komitee wird durch Kooptation ergänzt. Das Komitee ernennt Bezirksgruppen, Betriebsunterkomitees und die und die Gruppen (wollte man alles Wünschenswerte aufzählen, so würde man nie damit fertig, sie aber im Statut auch nur annähernd aufzuzählen, hat keinen Zweck; es genügt, wenn man der Zentralstelle über ihre Gründung Mitteilung macht). Die Bezirksgruppen und Unterkomitees gründen die und die Zirkel.....Die Abfassung eines solchen Statuts ist heute um so weniger nützlich, als wir, was die Tätigkeit verschiedener solcher Gruppen und Untergruppen anbelangt, fast keine (an vielen Orten überhaupt keine) allgemeine Parteierfahrung haben, um aber eine solche Erfahrung zu sammeln, bedarf es keines Statuts, sondern der Einrichtung einer, wenn man so sagen darf, innerparteilichen Berichterstattung. Jede örtliche Organisation verschwendet jetzt mindestens einige Abende auf das Statut. Wenn statt dessen jeder diese Zeit ausnützen würde, um der Gesamtpartei einen ausführlichen und wohlüberlegten Bericht über seine besondere Funktion zu erstatten, so würde die Sache hundertfach gewinnen.

Und nicht nur deshalb sind Statuten nutzlos, weil die revolutionäre Arbeit nicht immer eine feste Form zuläßt. Nein, eine feste Form ist notwendig, und wir müssen uns bemühen, der gesamten Arbeit nach Möglichkeit eine feste Form zu geben. Und eine feste Form ist in bedeutend größerem Umfang zulässig, als man gemeinhin annimmt, aber sie ist nicht durch Statuten zu erreichen, sondern nur und ausschließlich (wir wiederholen das immer und immer wieder) durch genaue Unterrichtung der zentralen Parteiliste: erst dann wird sich eine reale feste Form herausbilden, die mit realer Verantwortlichkeit und (Partei-)Öffentlichkeit verbunden ist. Wer von uns weiß denn nicht, daß unsere Konflikte und Meinungsverschiedenheiten bei uns im Grunde nie durch Abstimmung "laut Statut", sondern durch Kampf und durch die Drohung "fortzugehen" entschieden werden? Die Geschichte der Mehrheit unserer Komitees ist in den letzten drei, vier Jahren des Parteilobens angefüllt mit solchem inneren Kampf. Es ist sehr schade, daß dieser Kampf in keine feste Form gefügt worden ist; er hätte sonst weit mehr zur Belehrung der Partei und zur Vermittlung von Erfahrungen an unsere Nachfolger beigetragen. Aber eine derartige nützliche und notwendige feste Form wird durch kein Statut, sondern ausschließlich durch die Parteiöffentlichkeit geschaffen. Unter der Selbstherrschaft kann es bei uns kein anderes Mittel und kein anderes Werkzeug der Parteiöffentlichkeit geben als die regelmäßige Information der zentralen Parteiliste.

Erst wenn wir lernen, von dieser Öffentlichkeit weitgehend Gebrauch zu machen, werden wir tatsächlich Erfahrungen sammeln über das Funktionieren dieser oder jener Organisationen, und nur auf Grund solch umfassender und vieljähriger Erfahrungen können Statuten zustande kommen, die keine Papiersstatuten sind.

DIE SPÄTBÜRGERLICHE GEBURT ÄTHIOPIENS

Was kocht im äthiopischen Kessel?
(aus Le Proletaire Nr. 174, Juni 74)

Was kocht im äthiopischen Kessel? Was steckt wirklich hinter den Bauernaufständen, den Arbeiterstreiks, den periodischen Unruhen in der Studentenschaft, der Gärung im Heer in Adis Abeba oder in Eritrea? der FALSCHER Extremismus einer ANGEBLICHEN Linke antwortet: es sind alles Marionetten, deren Meister die Fäden in Washington, Moskau, Peking und ihren Filialen ziehen!

Wir haben es hier mit einem riesigen Territorium zu tun, das im wesentlichen von der europäischen Kolonialisierung unberührt blieb, außer seinen Randgebieten, die durch die Luft- und Meereswege des internationalen Handels erfaßt wurden. Das Land ist von ex-kolonialen Gebieten in voller Gärung umgeben, und in ihm besteht weiter eine Feudalstruktur, an deren Spitze ein Alter, als absoluter Herrscher steht, "direkter Abkömmling von Menelik I., Sohn der Königin von Saba und des Königs Salomon von Jerusalem" - laut Artikel I der Verfassung von 1955 -, dem ein nicht weniger absoluter Kirchenfürst der koptischen Kirche beisteht. Der Kaiser und die Kirche sind die Besitzer des ganzen öthiopischen Bodens, wovon die letztere 40% besitzt. Dieser Boden wird mit prähistorischen Methoden von den Bauern (90% der Gesamtbevölkerung) bearbeitet, die vom Hunger aufgerieben und von dem durch die sehr christlichen entwickelten kapitalistischen Länder über Djibouti menschenfreundlich importierten Rauschgift abgestumpft sind. Diese Bauern vegetieren in einer primitiven Subsistenzwirtschaft und geben einen großen Teil der schwer erworbenen Ernten den Vasallen des Kaisers und den Priestern. Die weniger als 150.000 Lohnarbeiter der internationalen Industrie- und Bergbaugesellschaften leben von einem Sklavenlohn, einer der niedrigsten der Welt. Das Analphabetentum erreicht 90%. Die einzige offizielle Gewerkschaft läßt sich in ihrem Kampfgeist von dieser Blume des Opportunismus, die der amerikanische Syndikalismus darstellt, inspirieren, und wird dementsprechend geführt. Seit 1962 tobt eine Guerrilla gnadenlos in Eritrea. 40% der Bevölkerung des koptischen Kaiserreiches sind Mohamedaner und ertragen schwer das Joch der offiziellen Kirche. Von den 25 Millionen Einwohner haben ca. 4 Mio. das Wahlrecht. Die Bauern, die Arbeiter, die Kleinbürger, die Mohamedaner, die Nationalisten von Eritrea und die aus diesen Gesellschaftsschichten stammenden Soldaten geben sich mit den vom Negus versprochenen Reformhäppchen nicht zufrieden und haben ihre Hoffnung in die eigennützige "Revolte" der großen Persönlichkeiten verloren. Mit einem Wort, Äthiopien ist in Hinsicht auf seine gesellschaftlich-ökonomische Struktur und seinen kulturellen und politischen Überbau ein VORKAPITALISTISCHES Land, das den Feudalländern des Europas von damals mit allen sich daraus ergebenden Spannungen ähnelt.

Alle diese sehr wohl MATERIELLEN Realitäten lassen den Pseudocxtremismus einer gewissen "Linken" kalt: wenn sich etwas neben den Monsters regt, muß die Ursache dafür bei Nixon, Breschnew und den großen kapitalistischen Gesellschaften suchen, die dahinter stehen. Mit einem Wort ist jeder, der rebelliert, wenigstens "OBJEKTIV" ein VERKAUFTER (CIA bezahlt...): dieser auf die Ebene einer erträumten Wissenschaft und Geschichte reduzierte "Marxismus" wäscht sich damit rein. Oder er erklärt: die periodisch ausbrechenden Aufstände sind nichtproletarisch, diese Sachen sind nicht unsere Sache!

In Wirklichkeit ist der Fall Äthiopiens ein typischer Fall von BEGINNENDER bürgerlich-demokratischer Revolution mit drei wesentlichen Handicaps, die deren Entwicklung bremsen (zwischen einem Haile Selassie mit Neigung zur konstitutionellen Monarchie und den hohen Würdenträgern der Armee, die nur in Aufstand treten, wenn es darum geht, anderen die fetten Posten wegzunehmen und deren exklusiven Genuß zu behalten, spricht natürlich keiner von Agrarreform...):

1. Die zahlenmäßige Schwäche des lokalen Proletariats, der einzigen Kraft, die imstande wäre, die Bewegung konsequent vorwärtszutreiben und ihre Versandung im "konstitutionellen" Sumpf der Kleinbourgeoisie zu verhindern.
2. Die Passivität des durch den Bleisiegel des Opportunismus erstickten internationalen Proletariats, die durch die maoistische Litanei eines patriotischen und konstitutionellen Kampfes der Arbeiter und Bauern IM SCHLEPPTAU der "nationalen Bourgeoisie" nur noch verschlimmert wird.
3. Das Gewicht des Imperialismus, der weit davon entfernt ist, dem überlebenden Feudalismus feindlich gegenüberzustehen, ihn unterstützt und nährt, um eine verhungerte Arbeitskraft maximal auszubeuten und um sich vor gesellschaftlichen Gefahren zu schützen.

Wenn es in Äthiopien ein starkes Proletariat mit einer festen Klassenpartei gäbe, würde es die ersten Zeichen einer bürgerlich-demokratischen Revolution nicht mit der pedantischen Überheblichkeit (Synonym für "Großmacht chauvinismus") unserer sogenannten "Ultra-Linken" betrachten: im Gegenteil, dieses Proletariat und seine Partei würden sie unterstützen und versuchen, DIE FÜHRUNG EINZUNEHMEN und gleichzeitig die VOLLE politische und organisatorische Autonomie der Partei zu bewahren. Sie würden im Kampf eine schrecklich ausgebeutete Bauernschaft mit sich reißen. Sie würden versuchen, die bürgerliche Revolution "BIS ZUM ENDE" vorwärtszutreiben, weit über die Grenzen einfacher konstitutioneller Reformen hinaus und als erstes natürlich darauf abzielen, das niederträchtige Gespann von Kaiser und Kirche zu zerschlagen. Und das internationale Proletariat, wenn eine solche Revolution mit seinem Wiedererwachen aus der Lähmung durch den Opportunismus (die den Pseudocxtremismus nur verstärkt) zusammenfallen würde, dieses internationale Proletariat würde den äthiopischen Klassenbrüdern helfen, diese bürgerliche Revolution in eine "doppelte" in eine "permanente" Revolution zu verwandeln.

Diese unerläßlichen Bedingungen für einen revolutionären Ausgang fehlen heute. Wir müssen jedoch mit tiefem Interesse, mit LEIDENSCHAFT das AUCH NUR SCHÜCHTERNE, für den Augenblick enttäuschende Erwachen dieses "weit entfernten" Landes verfolgen.

Die äthiopischen Militärs und die bürgerlich-demokratischen Forderungen

(aus Le Proletaire, Nr. 180, September 1974)

In einem Artikel des Proletaire Nr. 174 zeigten wir die gesellschaftlichen Ursachen der Unruhen in Äthiopien auf und erinnerten wider aller Pseudoextremisten, die sich um diese "Nicht-proletarischen Kämpfe" nicht kümmern und dahinter nur die imperialistischen Rivalitäten sehen, an die Bedeutung, die der Kommunismus diesen Bewegungen beimißt. Inzwischen kocht der "äthiopische Kessel" weiter, und man kann, ohne eine tiefere Untersuchung vorzunehmen, die Bedeutung der Machtübernahme durch die Armee und die Perspektiven, die sie eröffnet, präzisieren.

Die Bewegung der Streitkräfte entsteht nach den Februarereignissen, wo eine breite Massenprotestbewegung der Bevölkerung in einem viertägigen Streik und Aufstand mit mehreren Toten ihren Höhepunkt erreicht. Nach der Meuterei einer Division in Eritrea breitet sich die Aufstandsbewegung in der Armee aus, die aber sogleich zwei Gesichter trägt: wenn sie vom alten Regime REFORMEN fordert, bemüht sie sich die Massenbewegung zu BREMSEN.

Wenn die Luftwaffe im Februar zwar Land für die Bauern, kostenlos Unterrichts und Freiheit für die politischen Gefangenen forderte, so verwischen diese Forderungen später zur selben Zeit wie sich die Bekräftigungen der Loyalität gegenüber dem Kaiser vermehren. In der Periode labilen Gleichgewichts, das sich zwischen der Armee und der kaiserlichen Macht festgesetzt hat, wird dieses "doppelte Spiel" offenkundig: auf der einen Seite verhaftet die Armee - Ende April - die alten Machthaber, aber zerschlägt gleichzeitig - Anfang Mai - zwei Streiks und verhaftet mehrere Gewerkschaftler. Und Le Monde hat ganz recht, wenn sie am 2.7.74 schreibt: "Die entschlossene Feindschaft gegenüber einer konservativen und erpresserischen Aristokratie schließt keine....bedingungslose Solidarität mit allen deren Gegnern ein. In der Tat wurde im Laufe der letzten vier Monate durch die Intervention der Armee ein Übergang zum Aufstand der verschiedenen Teilbewegungen verhindert, die abwechselnd oder gleichzeitig durch die Lehrer, die Studenten, die Taxifahrer der Hauptstadt, die Angestellten der Ethiopian Airlines, die Mitglieder der niederen Geistlichkeit ausgelöst wurden".

Durch Verhaftungen der alten Machthaber, der RAS, der angesehensten Vertreter des alten Regimes, die jeglicher Reform entgegenstanden, hat die Armee aber gegen ihren ursprünglichen Willen und trotz aller Treuekundgebungen die Macht des

"Königs" der Könige" doch untergraben müssen, bis schließlich die Beseitigung Haile Selassies selbst unvermeidlich wurde. Hierbei bemühte sich die Armee jedoch, jegliche Massenbewegung zu verhindern: am 8.9. wurden mehrere Tausend Personen, die mit dem Ruf "Hängt den Kaiser und gebt uns er Geld zurück" in Adis Abeba demonstrierten, von den Ordnungskräften auseinandergejagt (Le Monde vom 10.9.). Und die Proklamation selbst, die die Absetzung des Kaisers ankündigte, verbietet, "zu streiken, an Demonstrationen oder nicht-geheimigten öffentlichen Versammlungen teilzunehmen oder eine Tat zu begehen, die die öffentliche Ordnung stören könnte (Le Monde vom 14.9.). Es erstaunt nicht, wenn die Kirche - zusammen mit dem Adel größter Landbesitzer! - am 11.9. "durch die Stimme ihres Oberhauptes" bekanntgeben läßt, "daß sie die Revolutionsbewegung unterstützt (?)" (Le Figaro vom 13. 9.), und daß sich "die Obersten der Provinzen dem neuen Regime anschließen", sofern die Massen "in Ruhe" gehalten werden (Le Monde vom 15./16.9.)!

So kurz das Bild auch sein mag, das wir von der Aktion der äthiopischen Armee entwarfen, so zeigt es doch ganz offensichtlich, daß sie versucht, eine GRADUELLE UND VON OBEN geführte Umwandlung der Gesellschaft zu verwirklichen, eine Umwandlung, die allmählich die alten verbürgerlichen Strukturen vernichten wird, INDEM SIE MIT IHNEN KOMPROMISSE SCHLIESST, indem sie jegliches radikale und gewaltsame Eingreifen der Volksmassen verhindert. Daß ein solcher Versuch "bürgerlicher Revolution von oben nach preussischer Art", der sich bemüht, sowohl lokal als auch was die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten UND zwischen den Klassen angeht, die gesellschaftlichen Unruhen auf ein Minimum zu reduzieren, den Segen der erhellten Bourgeois von Europa erhält, ist nur zu normal, selbst wenn diese Bourgeois wie in Frankreich Nachkommen der radikalsten bürgerlichen Revolution sind. Jedoch "übertreibt" Le Figaro (13.9.), wenn er vortäuscht, die äthiopischen Ereignisse für das nec plus ultra des... Leninismus zu halten: "Die Revolution", sagte Lenin, "ist eine Maulwurfsarbeit. Die Militärs haben es verstanden....". Unwissenheit oder Zynismus!

Für Lenin ist die VORBEREITUNG der Revolution eine Maulwurfsarbeit. Jedoch FÜR die Revolution, selbst für die BÜRGERLICHE Revolution, fordert Lenin genau wie Marx und Engels DIE RADIKALE UND GEWALTSAME AKTION DER MASSEN, Die Revolution VON UNTEN bezeichnet er als die einzig fähige, MIT EINEM SCHLAG die alten Strukturen und Klassen wegzufegen, die gesellschaftliche Reifung zu BESCHLEUNIGEN und gleichzeitig DIE LEIDEN der Massen ZU MINDERN und den Weg für den modernen Klassenkampf weitestgehend freizumachen.

Eine der wichtigsten Aufgaben einer bürgerlichen Revolution ist die Agrarreform, die Vernichtung der alten Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse auf dem Land. Gewiss spricht das Programm der Armee davon. Es gibt aber Agrarreform und Agrarreform. In einer Revolution "von unten" verwirklichen gerade die Bauernmassen radikal und auf dem Rücken der ehemaligen Landbesitzer diese Reform. In einer Revolution "von oben" schließt

der Staat mit diesen Landbesitzern Kompromisse, und die mühsamen und langsamen Halbreformen werden auf dem Rücken der armen Bauern und der städtischen Massen ausgetragen. Gerade diesen Weg, diesen "preußischen" - oder in unserer Zeit ägyptischen - Weg versucht die Armee Äthiopien aufzuzwingen. Im Augenblick scheint es ihr zu gelingen. Jedoch wurde eine tausendjährige "natürliche" und starre Ordnung zerschlagen und die untere Schicht der Armee wurzelt in der elenden, durch den Hunger aufgeriebenen Bauernschaft, im Proletariat und im Kleinbürgertum. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Einheit der Armee durch den Sog einer sozialen Bewegung zerfallen wird.

Unser Wunsch ist es gerade, daß die durch den militärischen Staatsstreich entfesselten Kräfte der Kontrolle durch die Armee entrinnen und in ihrer ganzen Rauheit und Brutalität die KLASSENFRAGEN stellen, die Probleme, die eine bürgerliche Armee - so fortschrittlich sie auch sein mag - weder lösen noch durch Gewalt ersticken kann.

+ + +

Nach dem letzten Artikel über Äthiopien, hat sich die Situation in diesem Lande weiter entwickelt. Nach der Erschießung von 60 Persönlichkeiten des alten Regimes - darunter von Amon Andom, Wortführer einer sogenannten "friedlichen Revolution" - wurde der Kampf gegen die Befreiungsbewegung von Eritrea wieder aufgenommen, und die neuen Machthaber haben ihre "sozialistische Wahl" getroffen. Dieses Programm, das "nationalistisch und sozialistisch" bezeichnet wurde (was mindestens suspekt ist) wird nachstehend untersucht.

Die Spätgeburt Äthopiens

(aus Le prolétaire, Nr. 191, Februar 1975)

Die äthiopische "Kulturrevolution"

Trotz der "Ausschreitungen", die die öffentliche Meinung anklagt, bleibt das, was wir über die bürgerliche Revolution "von oben" in Äthiopien sagten - eine unvollendete Revolution, die nicht konsequent vorwärtsgetrieben wurde und sich mit der Zeit ohne aktives Eingreifen der Gesellschaftsklassen im Sande verläuft, absolut wahr. Man kann sogar sagen, daß das bisher Geschehene eine Stärkung dieser Tendenz im Gegensatz zu der bürgerlichen Revolution "von unten" bildete, letztere enthält Größen, die selbstverständlich auch von den noch so "erhellten" Militärs gefürchtet werden und die mit der Mobilisierung der seit Jahrhunderten Unterdrückten und verhungerten Massen zusammenhängen.

Der "Radikalismus" des provisorischen Militärates (CMP) und des "Deurg" (sein Exekutivorgan) verfolgte im wesentlichen zwei Ziele; das eine nationalistisch, d.h. Kontrolle der erythreischen Separatistenbewegung" das andere gesellschaftlich in Richtung der Bauern, Intellektuellen und Studenten. Wenn das erste Ziel auch bei weitem nicht erreicht wurde, so

scheint dagegen die eingeführte "Kulturrevolution" Erfolg gehabt zu haben. Nach der Ausrufung des "sozialistischen Weges" am 20. September 1974 sind die Studentenbewegung, die anfangs den Militärs gegenüber mißtrauisch war, und der Gewerkschaftsbund - der in Wirklichkeit nach dem schwachen Streikversuch zur Befreiung drei ihrer Führer völlig muntot wurde - ganz der Gnade der herrschenden Macht ausgeliefert. Die Studenten folgten der Aufforderung der Militärs und schufen zusammen mit den Professoren eine Armee zur Alphabetisierung auf dem Land: für dieses Ziel wurden schon 60.000 von ihnen gewonnen.

Abgesehen von der Unterstützung durch die Intellektuellenkreise und durch die Gewerkschaft - die am 3. Januar ihre "ganze Unterstützung" dem provisorischen Militärerrat zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Äthiopischen Revolution" aussprach - genießt die herrschende Klasse allem Anschein nach auch die der Kirche. Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche zeigte sich in der Öffentlichkeit an der Seite der Militärs des Deurg, was nicht weiter erstaunt, da diese wie Le Monde vom 27. September 1974 schreibt, "sich sehr wohl davor hüten, den Glauben frontal anzugreifen". Die Schlußfolgerung des selben Artikels ist also völlig logisch: trotz der "blutigen Ausschreitungen" vom November schreitet die Bewegung nach ihrer eigenen "Logik" weiter, jedoch mit einem Risiko: den unvermeidlichen "diktatorischen Versuchungen" einer "vom Rest des Landes abgeschnittenen Avantgarde". "Die Isolierung dieser handvoll "Radikalen" sieht so aus, daß am 21. Dezember mehrere zivile Minister über den Rundfunk...zu ihrem Erstaunen erfuhren, daß sich Äthiopien für den Sozialismus entschieden habe". Natürlich sind "Gefahren" dieser Art nur eine Kleinigkeit im Verhältnis zu denen, die eine wenn auch nur bürgerliche Revolution mit sich bringt, wenn sie von echten "Radikalen" geführt wird, die mit den kleinbürgerlichen- und Bauernschichten und mit den proletarischen Massen verbunden sind.

Der "spezifisch äthiopische Sozialismus"

Nicht einer der zehn Punkte der "sozialistischen" Erklärung des Militärrates ist dem Kampf gegen den ideologischen Einfluß der Kirche gewidmet. Zweifellos kann man darin eine der Achsen der "Philosophie" sehen, die in der Parole ÄTHIOPIEN TIKDEM - Äthiopien zunächst - kurz zusammengefaßt ist. Schenken wir uns die anderen Punkte an: Äthiopien muß ein vereintes Land ohne jegliche ethnische, religiöse, sprachliche oder kulturelle Unterschiede bleiben" (Punkt 1, der damit der erythräischen Bewegung die Tür völlig zuschließt). "Die Familie als Hauptbasis der äthiopischen Gesellschaft wird gegen alle Einflüsse, Laster und Plagen des Auslandes geschützt sein - wie man weiß, stammen die Laster und Plagen ÜBERALL aus dem Ausland..... Schlußfolgerung? "Eine große politische Partei, die durch die revolutionäre Philosophie des "Äthiopien Tikdem" belebt wird, wird auf einer sozialistischen und nationalistischen Basis gebildet werden" (Punkt 5).

All das zeigt sehr gut, nicht nur worin der äthiopische "Sozialismus" besteht, sondern auch die bürgerlichen Gren-

zen der durch den provisorischen Militärerrat vertretenen Bewegung - Grenzen, die mit dem rein juristischen, von der gesellschaftlichen Bewegung losgelösten Charakter dieser Bewegung zusammenhängen. In Wirklichkeit enthält das Programm nur solche Maßnahmen, die alle Länder treffen MUSSTEN, die danach trachteten, eine Teilunabhängigkeit gegenüber dem "Ausland" zu erreichen: Nationalisierung des Finanzkapitals mit Entschädigung - hinsichtlich dieser Nationalisierungen muß man bemerken, daß in all diesen Ländern die Banken und Versicherungsgesellschaften hauptsächlich in fremden Händen sind und ein bedeutendes lokales Privatkapital fehlt, folglich die Nationalisierung der einzige Ausweg ist-; Verwaltung der Industrieunternehmen durch den Staat - außer denen "mit öffentlichem Nutzen" (und hier kann man dieselben Überlegungen anstellen).

Die einzige wahre "Reform" ist die Armee, und das ist kein Zufall. Die Armee wurde gründlich gereinigt: von den 60 Generalen, die sie im März des Jahres 73 zählte, bleiben nun noch 5, und jetzt sind es die Unteroffiziere, die den größten Einfluß besitzen.

Was die Auslandspolitik betrifft, so "wird sie im wesentlichen BEIBEHALTEN (von uns hervorgehoben), und zu wünschen sei eine "soziale und kulturelle Wirtschaftsgemeinschaft mit Kenia, Somalia und dem Sudan". (Punkt 2)

Die Schranke der Agrarfrage

Zur Bodenfrage, die DAS WAHRE ÖKONOMISCHE PROBLEM DES LANDES bildet, begnügt sich die Erklärung zu sagen, daß "das Recht auf Landbesitz nur denen zugesprochen wird, die den Boden bearbeiten" (Punkt 7), was man als eine Abschaffung des LATIFUNDIUMS interpretieren kann, aber nicht zwangsläufig als eine konsequente Bodenreform. Zu Recht hat man gesagt, daß die Agrarreform eine Klippe darstellt, an der die "ideologische Kampagne von 1975" zu scheitern droht. "Seither leben die 25 Millionen Bauern Äthiopiens seit mehreren Monaten von der Hoffnung in diese Reform" (Le Monde vom 28. Dez. 74). Aber wie entspricht man dieser Hoffnung? Es ist schwierig, ein solches Problem im Rahmen der "Äthiopien-Tikdem-Philosophie" zu lösen, die sich der nationalen Einheit verpflichtet und lediglich einige Latifundien und die korrumpierten Beamten ausschließt. Die Kirche selbst, die man nicht "frontal anzugreifen" wagt, ist auch ein Großgrundbesitzer. In dieser Situation wäre selbstverständlich ein wahrer Kampf gegen den durch die gesellschaftliche und ökonomische Macht der Kirche vertretene Feudalismus eine unerläßliche Voraussetzung für einen wirklichen Fortschritt der bürgerlichen Revolution in Äthiopien. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Militärs den Schritt nicht wagen werden, und daß sie dem "Schema" der zahlreichen bürgerlichen Umwandlungen "von oben" folgen werden, die in den letzten Jahren stattgefunden haben (siehe Ägypten unter Nasser, Somalia, Jemen, Libyen oder in Asien den Iran). In diesem Zusammenhang kann man noch feststellen, daß die algerische Revolution, die von allen am wei-

testen gegangen ist, den "Islam" unberührt ließ. Demzufolge scheint eine konsequente Agrarreform zu Gunsten der Bauern und der Landlosen, die Bedingung für eine radikale Veränderung der Strukturen des Landes ist wenig wahrscheinlich.

Erythra

Das andere Problem, auf das die äthiopischen Militärs gerade stoßen, ist Erythra, wo die FLE (Befreiungsfront Erythreas) seit 1962, dem Jahr des Wiederanschlusses dieser Provinz an das äthiopische Kaiserreich, einen bewaffneten Kampf zunächst gegen den Kaiser und heute gegen die Militärs, die ihn entthront haben, führt.

Seit Anfang Februar toben die Kämpfe in der Hauptstadt Asmara, während der Rest des Landes praktisch schon von der FLE kontrolliert wird, der sich kürzlich die FPLE (Volksfront zur Befreiung Erythreas) angeschlossen hat.

Die Trennung Erythreas, d.h. des industrialisiertesten Teiles Äthiopiens, wäre für Ais Abeba ein schwerer Verlust. Der von uns schon zitierte Punkt I der "sozialistischen" Erklärung sieht vor, daß Äthiopien "ein vereintes Land" bleiben soll. Die Anhänger einer friedlichen Lösung, wie zum Beispiel Andom, wurden entmachtet. Als Antwort darauf hatte die sich auf einige arabische Staaten stützende FLE erklärt, daß sie vom "Guerillakrieg zum Krieg übergehen werde". Die Kämpfe von Asmara haben dies bestätigt.

Da die halbherzige bürgerliche Revolution in Äthiopien nicht mit den verhaßten Methoden des alten Regimes in Erythra gebrochen hat, da sie im Gegenteil die Ausbeutung und Unterdrückung, die sie dort ausübt, nicht aufgibt, hat sie nicht nur ein bewaffnetes Erythra, gegen sich aufstehen lassen, sondern das unterdrückte erythreische Volk, dem die geographischen und historischen Bedingungen andererseits kein eigenes Schicksal zu versprechen scheinen, in die Arme der Mächte getrieben, die der äthiopische Nationalismus vertreiben möchte. Ebenfalls erlaubt dies den revoltierten Feudalen, Stützpunkte gegen sie zu finden.

Das ist das Bußgeld einer Revolution von oben, einer Bewegung, die nicht wagt, mit der Vergangenheit zu brechen.